

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. April 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern-
zeile oder deren Äquivalent 20 Pfg., für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das fertige
Wort 20 Pfg. (schlief 2 fertige
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pfg.
Stellenangebote und Schlafstellenan-
zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes
weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeiger
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 2.50 M., monatlich 1.10 M.,
wöchentlich 26 Pfg., frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Freiliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2.50 Mark, für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

Die Zukunft der Elektrizitäts- versorgung von Berlin.

Zu kurzer Zeit wird sich entscheiden, wie die Elektrizitätsver-
sorgung von Berlin in Zukunft gestaltet sein soll.

Bedenkt man die außerordentlich große Bedeutung dieser Ent-
scheidung für die gesamte Bevölkerung unserer Stadt, dann muß
die Ruhe der Einwohnerschaft, der beinahe vollständige Mangel
einer öffentlichen Erörterung wundernehmen. Wer und wo spricht
man denn von diesen Dingen?

Zum Teil ist dieser Zustand auf das Verhalten der städtischen
Behörden zurückzuführen, die anscheinend der Meinung sind, die
Entscheidung, ob auch in Zukunft die Konsumenten elektrischer
Energie in Berlin einer Privatgesellschaft tributpflichtig sein sollen,
oder ob die Stadt die Elektrizitätswerke übernimmt, sei eine An-
gelegenheit, die am besten ohne alles Dreinsprechen von außen in der
Stille eines Kommissionszimmers abgemacht werde. Nun sei zu-
gegeben, daß nicht jede Einzelheit einer so weitläufigen Sache wie
die Elektrizitätsversorgung einer Stadt in aller Öffentlichkeit dis-
kutiert werden kann, namentlich wenn es sich, wie hier, um die
Ausbeziehung zwischen der Gemeinde und einer ebenso ge-
riffenen und rücksichtslosen wie mächtigen Kapitalistengruppe
handelt. Es stehen da Dinge mit zur Erörterung, die nur auf
Grund genauerer Aktienkenntnis und mit Aufbietung eines außer-
ordentlich juristischen Scharfsinns und gesunden Menschenverstandes
für die Stadt zu einem guten Ende geführt werden können. Aber
wir verlangen ja auch gar nicht, daß man jede letzte und feinste
Einzelheit diskutiert; die große Grundfrage ist so einfach
und klar, daß über sie auch der Laie ein sicheres Urteil abgeben
kann. Der Berliner Stadtverwaltung ist es früher nicht gelungen,
die Interessen der Bevölkerung mit denen einer privaten Erwerbs-
gesellschaft durch einen Vertrag zu versöhnen. Sie mag sich damit
trösten, daß das auch noch nie einer anderen Verwaltung gelang,
weil es eine unmöglich zu lösende Aufgabe ist. Daraus ergibt sich
die einfache Schlussfolgerung, daß die Verstaatlichung der
E. G. W. zum Wohle des Ganzen zu betreiben ist.

Von diesem Ziele dürfte die Stadt nur dann abweichen, wenn die
blanke Unmöglichkeit seiner Erreichung nicht etwa bloß behauptet,
sondern schlagend und unwiderleglich nachgewiesen würde. Wir
warten bisher vergeblich auf diesen Beweis, der auch ganz sicher
nicht kommen wird — weil er auf ethische Weise nicht erbracht
werden kann. Die Gegner der Verstaatlichung der E. G. W. halten
mit ihrer Ansicht von der Ueberlegenheit des privaten Betriebs
über den kommunalen keineswegs hinter dem Berge; aber über
bloße Wiederholung längst widerlegter Behauptungen und über ein
blödes Schwanken des roten Lappens haben sie es bisher nicht ge-
braucht. Das würde übrigens auch ihrer Taktik widersprechen. Sie
betreiben nämlich eine noch außen wenig bemerkbare, aber sehr
intensive Bearbeitung von Person zu Person und bedienen sich
dabei aller Mittel nicht nur der Ueberredung, sondern auch der
Einschüchterung. In vielen freisinnigen Bezirksvereinen und sogar
in Hausbesitzerorganisationen (die sich in völliger Verkennung ihrer
allerersten Interessen bei dieser Gelegenheit ins Schlepptau des
Großkapitals nehmen lassen) wird strupellos eine Bewegung gegen
diejenigen Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-
versammlung entfacht, die sich nicht zu einer Kapitulation vor den
Mathematikern und ihren Großbanken gegen besseres Wissen verstehen
wollen. Da ist es sehr dringend notwendig, daß sich die Masse der
Berliner Bevölkerung die Dinge gründlich ansieht.

Daß man fragen wie bei der Elektrizitätsversorgung einer
Weltstadt auch anders behandeln kann, lehrt das Beispiel von
London, wo derselbe Gegenstand zurzeit auf der Tagesordnung
steht. Der Londoner Grafschaftsrat hat damit be-
gonnen, daß er ein Gutachten von hervorragenden Sachkundigen
über die beste Art zukünftiger Beschaffung von elektrischer Energie
auf dem Gebiete der englischen Metropole einholte und sofort der
öffentlichen Erörterung unterstellte. Er steht eben auf dem Stand-
punkte, daß in seiner Körperschaft nicht notwendig die höchste Wei-
sheit vereinigt sei und daß die Konsumenten, die schließlich Segen
oder Unsegen der Entscheidung Jahrzehnte hindurch am eigenen
Leibe verspüren werden, auch ein ernstes Wort mitzureden haben.
Rechtlich hat der Londoner Grafschaftsrat, die Zustimmung des
Parlamentes vorausgesetzt, ebenso gut wie der Berliner Magistrat
und die Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit, ohne jede
Befragung der Öffentlichkeit seine Entschlüsse zu fassen. Aber dem
Empfinden der Engländer würde es nicht entsprechen, in einer
solchen Sache die Interessenten nicht direkt zum Wort kommen
zu lassen. In den Londoner Zeitungen und Zeitschriften entspannt
sich denn auch auf Grund des erwähnten Gutachtens eine lebhafte
Erörterung über die Elektrizitätsfrage, namentlich in Form der
persönlichen Zuschriften aus den Leserkreisen an die Herausgeber
(Redaktionen) der Zeitungen, die in England ein beliebtes und un-
gemein nützliches Mittel zur Aufklärung über öffentliche Streit-
fragen sind, namentlich deshalb, weil solche Zuschriften dort selbst-
verständlich nur mit dem vollen Namen und der Adresse des Ein-
senders publiziert werden.

Warum geschieht in Berlin nichts Ähnliches? Warum hat nicht
der Magistrat rechtzeitig dafür gesorgt, daß die Grundlage der Ver-
handlungen, der Vertrag zwischen der Stadtgemeinde und den
E. G. W. nebst seinen mehrfachen Ergänzungen, veröffentlicht wird,
natürlich unter Hinzufügung des zur sachlichen Urteilsfällung not-
wendigen statistischen und sonstigen Tatsachenmaterials? Daß
dabei nach den Grundrissen des anstehenden Kampfes beide Seiten
hätten zum Wort kommen können und müssen, versteht sich für uns
von selbst. Die jetzige Leitung der E. G. W., die weiterhin die
Elektrizitätsversorgung unserer Stadt in den Händen zu behalten
wünscht, würde übrigens ja auch sicherlich nicht verfehlen, ihre
Ansichten öffentlich zu veröffentlichen und den Versuch zu machen, die
Bevölkerung auf ihre Seite hinüberzuziehen. Würde ihr das ge-
lingen, so müßten die Freunde der Verstaatlichung, denen nach
unserer Meinung die besten und unwiderleglichen Gründe zur Seite
stehen, mit Bedauern der Sache jetzt ihren Lauf lassen und auf eine
bessere Gelegenheit warten, auch wenn diese erst nach Jahrzehnten
kommen sollte; bis dahin würde dann wohl auch den — Kinder-
begabten allmählich klar geworden sein, was es heißt, die Elek-
trizitätsversorgung der Entscheidungsgewalt der Stadt oder einer
privaten Erwerbgesellschaft zu unterstellen. Wenn wir in Berlin
zu wirklich sozialen Elektrizitätsverhältnissen kommen wollen, wenn wir
der Industrie und dem Handel die notwendige Förderung ange-
deihen lassen und zugleich die hygienischen Vorteile der elektrischen
Beleuchtung für die breiten Massen der Bevölkerung anwenden
wollen, dann muß die Erzeugung und Verteilung der elektrischen
Energie der Stadt und ihr allein unterstehen. Und dazu
hat nach unserer Meinung die Masse der Bevölkerung selbst ein
Wörtchen mitzureden, auch wenn darüber keine formalen Gesetzes-
vorschriften bestehen, weil man eben bei der Schaffung unserer Ge-
meindegesetze solche Verhältnisse nicht voraussehen konnte.

Nun wäre zweifellos noch eine andere Möglichkeit gegeben, die
Sache vor den Richterstuhl des Volkes zu bringen und in breiter
Öffentlichkeit zu verhandeln, nämlich durch die Presse und die

Literatur. Der „Vorwärts“ hat denn auch schon seit
langer Zeit in sachkundigen Abhandlungen Stellung genommen;
auch das Zentralorgan unserer Partei für Gemeindepolitik, die
„Kommunale Praxis“, hat der Wichtigkeit der Sache ent-
sprechend für Aufklärung gesorgt. Die bürgerliche Presse
verfügte dagegen beinahe ganz. Besonders auffallend ist das Ver-
halten des „Berliner Tageblatts“, das sich damit begnügt,
von Zeit zu Zeit die Resolutionen irgendwelcher Bezirksvereine
gegen die Verstaatlichung der E. G. W. zu veröffentlichen, und
offenbar auch keinen Anstoß daran nimmt, daß solche Resolutionen
die Tätigkeit gewisser Interessentenkreise deutlich widerspiegeln
und ein durch keinerlei eigene Sachkenntnis getriebenes Urteil der
Resolvierenden verraten. Das „Berliner Tageblatt“ hat
sich neuerdings, wie es der erstaunten Welt mitzuteilen nicht ver-
schämt hat, sogar einen eigenen neuen „Kommunalpolitischen“
Chef zugelegt. Aber Herr von Tufala, der diese Würde bekleidet,
findet es offenbar wichtiger, die Feier seiner Zeitung über den
„wirtschaftlichen Liberalismus“ zu unterrichten (also politische
Pöfentologie zu betreiben) oder Ränbergeschichten über die Ver-
einigung der drei westlichen Vorortstädte zu erfinden, als eine
Lebensfrage der Berliner Industrie und des Berliner Handels, eine
kommunalpolitische Angelegenheit ersten Ranges für die gesamte
Bevölkerung zu erörtern. Von den großen bürgerlichen Tages-
zeitungen Berlins hat eigentlich nur die „Vossische Zeitung“
den Mut gehabt, alle Seiten der Elektrizitätsfrage ohne Rücksicht
auf die Stimmung im Hause Nathenau und bei den Großkapita-
listen darzustellen zu lassen. Nimmt man dazu noch die von Direktor
Schiff in Grunewald (im Verlage von Julius Springer) ver-
öffentlichte und von den meisten Berliner Zeitungen prompt —
trotz geschwiegene Proschüre über die Berliner Elektrizitäts-
versorgung, dann ist alles genannt, was bisher in Berlin zur Auf-
klärung der Bevölkerung über eine Frage geleistet wurde, deren
hygienische und volkswirtschaftliche Bedeutung nicht übersehen
werden kann!

Der Krieg gegen Huerta.

Die Besetzung von Veracruz.

Die Amerikaner haben nun Ernst gemacht. Die Hafen-
stadt Veracruz ist in ihren Händen, strategisch ein wichtiger
Punkt, da er der Ausgangspunkt zahlreicher Eisenbahnlinien
ins Innere bildet und den Haupteinflughafen des Reiches
darstellt. Die Einnahme erfolgte ohne erheblichen Widerstand,
da die Mexikaner dort nur ganz geringfügige Streitkräfte zur
Verfügung hatten. Der Einnahme von Veracruz dürfte jetzt
die Besetzung von Tampico folgen.

Der Bericht Fletchers.

Washington, 22. April. Ein vom Marineminister Daniels
bekannt gegebenes Telegramm des Konteradmirals Fletcher
meldet, daß er Marineoffiziere und Matrosen gelandet und
das Zollhaus von Veracruz besetzt habe. Die Mexi-
kaner eröffneten nach Einnahme des Zollhauses das Feuer,
wurden aber durch das Granatfeuer des Transportschiffes
„Prairie“ aus ihren Stellungen vertrieben. Die Verluste
der Amerikaner betragen vier Tote und 20 Verwundete.

Veracruz, 22. April. Das Feuer in der Stadt
dauerte bis Mitternacht fort. Die amerikanischen Streit-
kräfte am Lande betragen 1200 Mann.

Die Truppen in der Stadt.

Washington, 22. April. Der amerikanische Konsul in
Veracruz meldet, daß die amerikanischen Truppen
heute vormittag 8 Uhr unter dem Schutze der Geschütze der
Kriegsschiffe ausrückten, um die gesamte Stadt zu be-
setzen. Dem Bericht des Konsuls zufolge sind bei den
gestrigen Kämpfen 150 Mexikaner getötet oder verwundet
worden.

Straßenkämpfe.

Veracruz, 22. April. Als heute weitere amerikanische
Marineoffiziere gelandet wurden, wurden sie von
mexikanischen Scharfschützen von den Dächern der
Häuser im Stadtzentrum beschossen.

Verstärkungen.

Washington, 22. April. Nach Mitteilungen des Marineministeriums
sind von der Flotte des Konteradmirals Badger heute
Verstärkungen in Veracruz gelandet worden, um bei der Ein-
nahme der ganzen Stadt zu helfen. Badger hat auch die Torpedo-
bootsflotte nach Tampico beordert, um den Kreuzer „Maine“
zu unterstützen, der dort allein zurückblieb, als die übrigen amerika-
nischen Schiffe nach Veracruz gingen.

Einschließung.

Veracruz, 22. April. In einer Konferenz zwischen
den Konteradmiralen Badger und Fletcher wurde die
vollständige Einschließung von Veracruz be-
schlossen, das Landungsforps Badgers ist 2700 Mann stark.
Konteradmiral Fletcher hat an die Einwohner von
Veracruz einen Erlaß gerichtet, in dem sie aufgefordert werden,

im Interesse der Menschlichkeit mit ihm an der Wiederher-
stellung der Ordnung zu arbeiten, sie könnten ihre städtische
Regierung beibehalten wie zuvor, die Vereinigten Staaten
würden nur das Zollhaus besetzt halten und Patrouillen durch
die Stadt schicken.

Die Amerikaner Herren der Stadt.

Washington, 22. April. Die amerikanischen Streitkräfte be-
herrschten Veracruz vollständig, Richtkombattanten sind nicht verwundet
worden.

Der deutsche Dampfer.

Washington, 21. April. Der zur Aufnahme deutscher Flüchtlinge
requirierte Dampfer „Parango“ der Hamburg-Amerika-Linie
ist mit einem für die mexikanische Regierung bestimmten Waffen- und
Munitionstransport in Veracruz eingetroffen. Der amerikanische
Admiral Fletcher verbietet anfänglich dem Kapitän, den Hafen mit
den Waffen an Bord zu verlassen.

Die amerikanische Regierung hat inzwischen ihren
Standpunkt dahin präzisiert, daß sie zwar die Hoffnung hege, die
Waffenlandung werde in dem von den amerikanischen Truppen be-
setzten Zollhaus von Veracruz gelandet werden, um dort
amerikanischerseits in Verwahrung genommen zu werden. Da in-
dessen ein Kriegszustand nicht bestehe, beanspruche sie
nicht das Recht, die Abfahrt des Dampfers zu verbieten oder über
die Waffenlandung eine Kontrolle auszuüben, es sei denn, daß sie
in einem von den amerikanischen Streitkräften besetzten Zollhaus
gelandet werde.

Admiral Fletcher hat sich auf Befehl seiner Regierung
bei dem deutschen Kapitän entschuldigt.

Die Ladung beschlagnahmt.

London, 22. April. (T. U.) Aus Veracruz wird auf englischem
Nabel gemeldet, daß die „Parango“ sofort ins Dock ging, wo sie
200 Maschinengewehre mit 15 Millionen Patronen,
die für die mexikanische Regierung bestimmt waren, auslud. Diese
Waffen und Munition wurden von der amerikanischen Regierung im
Zollhaus mit Beschlagnahme belegt und werden jetzt gegen die mexikaner
Verwendung finden.

Die Abberufung der Geschäftsträger.

Washington, 22. April. Hier wird von ziemlich maßgebender,
aber nicht amtlicher Stelle erklärt, Huerta habe das Ersuchen
gestellt, die Vereinigten Staaten möchten den Geschäftsträger
O'Shanghweish abberufen.

Washington. Der mexikanische Geschäftsträger
Alvarez wurde von Huerta angewiesen, vom Staatssekretär Viana
seine Pässe zu verlangen.

Die Debatte im Senat.

Washington, 22. April. Die Debatte im Senat über die
Resolution bezüglich Mexikos trug einen leidenschaftlichen
Charakter. Es wurden viele bemerkenswerte Reden gehalten,
darunter eine Rede des Senators Root, der verlangte, daß das in
der Resolution für die Handlungen des Präsidenten vorgeschlagene
Wort „Rechtfertigung“ nicht mit dem Zwischenfall von Tampico

sondern mit der langen Reihe von Verbrechen begründet werde, die gegen Leben und Eigentum amerikanischer Bürger begangen worden seien, mit Einschluß derjenigen, die in Nord-Mexiko, wo die Insurgenten herrschen, verübt wurden. Senator Lodge erklärte, daß er keine Resolution zustimmen könne, welche die Vereinigten Staaten in die Lage brächte, einen „Galsabschneider“ dem anderen vorzuziehen. Ein Zusatzantrag zu der ursprünglichen Resolution, welcher vorschrieb, daß die Vereinigten Staaten nach Niederwerfung des Gegners sich wieder aus Mexiko zurückziehen und alle Teile des Landes seinen Bewohnern überlassen sollten, wurde abgelehnt.

Erst in später Nachtstunde nahm dann der Senat die Resolution der Regierung an, in welcher erklärt wird: Der Präsident ist berechtigt, die Streitkräfte des Landes zu benutzen, um seine Genugtuungsforderungen für die Verleumdungen und Beschimpfungen der Vereinigten Staaten in Mexiko durchzusetzen.

Das Repräsentantenhaus hat dieser Resolution ohne Debatte zugestimmt.

Eine Campagne in Frankreich. Bei den Bauern des Allier.

II.

Der Weg von Le Donjon nach Jaligny führt durch eine janz gewellte Landschaft. Die Bauern nennen sie „La Plaine“, die Ebene; im Gegensatz zu den südlich gelegenen Mabeleinsbergen, deren höchste Gipfel bis zu 1200 Meter ansteigen. Es ist gutes Ackerboden und Weideland mit reicher natürlicher Bewässerung. Das Klima des Kreises ist in den Talgebieten sanft, im gebirgigen rauh und jähem Wechsel unterworfen, wie in den Bergen der Auvergne.

Die Gegend ist von einer stillen Schönheit. Auf den jungen Wiesen grasen weiße Küder von starker Rasse. Ab und zu kommen wir an den verwitterten Gebäuden alter Basthöfe vorüber. Hinter den Häusern, die fast überall die Straße kreuzen, sehen wir, bei den häßlichen Häusern der Herrenklasse, Truthühner und Perlhühner umherspazieren.

Genosse Dumas unterrichtet mich, während die alte Kalesche über die nicht besonders gepflegte Landstraße holpert, über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Bezirks.

Dumas, der aus dem Departement stammt und Advokat von Beruf ist, gehört, wie übrigens auch Conkans und Brigon, zum marxistischen Flügel der Partei. Er war in der letzten Legislatur einer der jüngsten Abgeordneten. Er hat den Wahlkreis im zweiten Wahlgang erobert. Im ersten erhielt er 10 400 Stimmen bei einer Wählerzahl von gegen 33 000, im zweiten 12 700. Etwa die Hälfte der „Liberalen“ stimmte für ihn, um den kulturkämpferischen Radikalen zu werfen.

Fast die Gesamtheit der Wählerschaft gehört der Landwirtschaft an. Es sind entweder Landarbeiter oder „Metayers“, Halbpächter. Der Allier ist ein Land des Großgrundbesitzes. Die Eigentümer kümmern sich wenig um die Entwicklung des Bodeneigentums. Sie wohnen in Paris, an der Riviera, in der Schweiz und kommen höchstens in der Jagdzeit zu längerem Aufenthalt auf ihre Güter. Sie geben sich nicht einmal die Mühe, mit den einzelnen Pächtern selbst zu unterhandeln, sondern überlassen das Mittelmannern, die den vor der französischen Revolution in einer anderen Bedeutung herabstammigen Namen der „Fermiers Generaux“ (Generalpächter) führen und eine blutsaugerische Parasitenklasse bilden. Der Landarbeiter, der manchmal eine winzige Parzelle zum Eigentum hat, verdient im Jahre etwa 450 bis 600 Frank. Der Halbpächter ist womöglich noch ärmer daran. Er ist obendrein den Raunen des Wetters ausgesetzt, und nur allzu oft muß er, wenn seine Pachtzeit um ist, den Gerichtsvollzieher die Hand auf seine fahrende Habe legen sehen.

So ist es kein Wunder, daß die Lehre vom Klassenkampf hier Verständnis findet. Der lebhafteste Geist der Klasse und ihr starker Freiheitskämpfer helfen nach, wenn die theoretische Aufklärung und die Organisation gering ist. Die Ortsgruppen der Parteiorganisation sind sehr schwach, die Parteipresse wenig verbreitet. Das in Montlucon erscheinende Wochenblatt der Föderation, „Le Combat“ (Der Kampf), hat eine bescheidene Auflage, von der nur ein kleiner Teil im Wahlkreis La Vallée abgesetzt wird; für die tägliche „Humanité“ reicht das Budget des Landmannes nicht aus. Es wird überhaupt nicht viel gelesen. Früher wurde ein literales Blatt, „La Croix“, den Bauern unentgeltlich ins Haus zugestellt. Sie lasen es, aber, wie sie sagten, „à l'envers“, d. h. verkehrt. Wenn es „schwarz“ sagte, wußten sie, daß „weiß“ richtig sei. Sie nahmen wohl die Tatsachen daraus, aber bildeten ihr Urteil im Gegensatz zu dem, das ihnen zuvorkam aufgetragen wurde. Die Literaten haben diese unwillkommene Wirkung ihrer Propaganda eingesehen und „La Croix“ geht nicht mehr in satanisch verheerender Riffion herum.

Es ist aber klar, daß unter den geschilberten Verhältnissen die Arbeit eines Kandidaten nicht leicht ist. Wohl findet er Sympathie und empfängliche Stimmung in der Klasse und es fehlt auch nicht an osterbereiter Lafrast lokaler Vertrauensmänner. Aber die eigentliche Organisation der Wählerarbeit fällt ganz auf seine Schultern. Wochenlang muß er unterwegs sein, alle Ortshäuser seines Kreises bereisen, zwei, drei, ja bis fünf Versammlungen im Tag abhalten, am Vormittag, am Nachmittag, am Abend. Die Jahreszeit, in die die französischen Wahlen fallen, lassen dem Landmann auch untertags die Zeit zum Versammlungsbefuch. Genosse Dumas hat sechzig Gemeinden in seinem Kreis. Und er ist nicht nur der einzige Redner, sondern muß auch die übrige Propaganda selbst besorgen, die Verteilung der Flugblätter leiten, ihren Versand organisieren, die Listen eines Buchdruckers gutmachen, der beauftragt, die Wählerliste auf Adresschleifen zu kopieren, seinen politischen Freunden zu Ruh die Liste von — 1910 benützt und dem sozialistischen Gegner 40 Proz. falsche Adressen liefert . . .

Jaligny, eine Gemeinde von 1000 Einwohnern, gehört zu den Orten, die das letztemal eine weitläufige überwiegende Mehrheit für den Sozialisten ergeben haben. Es gibt neben den Radikalen auch noch Literale, die sich diesmal rühmig zeigen. Indes hat die Kirche ihre Macht verloren. Jaligny hat keine literale Schule mehr und die Geistlichen halten sich flug von der aktiven Politik zurück.

In einem Kaffeehaus finden wir die tätigen Parteigenossen des Ortes versammelt. Dumas mocht uns mit dem rühmigen Sekretär der lokalen Sektion, Genossen Boudonnat, einem Halbpächter, bekannt, einem noch jungen Mann, der der sozialistischen Sache mit Begeisterung anhängt. Auch von ihm hören wir die Frage, wie es mit dem Sozialismus bei den Bauern unserer Heimat stehe. Und er setzt hinzu: „In Frankreich kann der Sozialismus nur durch die Bauern siegen und er wird durch sie siegen.“

Was dem Fremden an den Bauern des Allier auffällt, ist, daß sie sich anscheinend wenig vom städtischen Typus unterscheiden. Das kommt zum Teil daher, weil die bürgerliche Kleidung vorwiegt. Nur von den Älteren tragen noch manche die lange blaue Leinenbluse. Als Kopfbedeckung dient zumeist die Kappe wie bei

den städtischen Arbeitern. Die älteren Frauen tragen zum Teil weiße, mit Rüschen besetzte Häubchen, die unter dem Arm mit breiter Schleife gehalten werden. Noch mehr als die Kleidung trägt die Sprache bei, den bäuerlichen Charakter zu verdeutlichen. Im Allier wird kein Dialekt gesprochen. Vor allem aber fehlt die Schwerfälligkeit, Begriffschwere und mißtrauische Vertrocknenheit, die bei uns oft mit der Vorstellung des Bauerntums verbunden ist. Die Unterhaltung ist von fröhlicher Lebendigkeit, mit Särz und sogar Ironie gewürzt. Mit diesen Bauern kann man sprechen, ohne erst die Begriffe auf ihren primitivsten Inhalt einzuschränken, ihr Verstand erschließt sich unschwer klaren logischen Entwicklungen. Und ihr starkes staatsbürgerliches Bewußtsein gibt ihnen einen Blick, der über den Schatten des Kirchturms hinausgeht. Sie sind keine Dorfpolitiker, die nach der Anleitung des Wochenblattchens über Krieg und Kriegsgeschrei in weiter Fremde diskutieren, sondern aktive Bürger, die sich als Teil des souveränen Volkes fühlen und sehr gut begreifen, was man alles bewirken kann, wenn man die politische Macht hat.

Bemerkt sei, daß der Alkoholismus im Allier bei weitem nicht so viel Unheil anrichtet als in anderen Bauerntagegegenden, z. B. in der hochliteralen Bretagne. Zwar ist der Wein das Tischgetränk, auf das auch der Kermesse nicht verzichtet. Es kommt vor, daß Leute an Sonntagen und Feiertagen etwas zu stark Mittag speisen und dann kein besonders angenehmes Versammlungspublikum sind. Indes habe ich an diesem Ostermontag keinen einzigen Betrunknen gesehen. Im Café trinken die Bauern hauptsächlich Pfirsichbier, das sie gerne mit süßer künstlicher Limonade verdunden. Man kann dieses Getränk, das übrigens auch in anderen Regionen getrunken wird, nicht eben wohlwollend nennen.

Das Gespräch Dumas' mit den Genossen bewegt sich natürlich um die Wahlarbeit: die Verteilung der Flugblätter, die Versammlungen der Gegner usw. Dumas hat diesmal vier Gegenkandidaten: einen Radikalsozialisten, der sich auf das Programm von Bau beruft; einen „republikanischen“, d. h. unabhängigen „Sozialisten“ von der bloßradikalen Richtung; einen Anhänger der triandistischen „Föderation der Linken“, der indes persönlich so wenig Garantien bietet, daß er von ihr nicht die offizielle Anerkennung seiner Kandidatur erlangt hat; endlich den Liberalen, den wir unseren Lesern schon vorgestellt haben. Außerdem ist wohl noch ein sechster Kandidat angemeldet, der indes zu den Unberühmten und Narren zu rechnen ist, die in jeder Wahlkampagne auftauchen. Er präsentiert sich als „Sänger“ und bittet als solcher um das Wohlwollen der Wähler. Er wird vermutlich keine andere Stimme haben als die seine. Ist sie schön, genügt das für einen Sänger.

Dumas' ernstester Gegner ist der Radikalsozialist. Vielleicht darum verhält er sich in der Wahlkampagne am unangenehmsten. Er geht mit dem alten Märchen von der Teilerlei haufierten und seine Anhänger haben einige Wählerversammlungen unserer Genossen durch Skandal jaboliiert.

Die Versammlung findet in einem der Gemeinde gehörenden „Saal“ statt. Es scheint ein altes Stallgebäude zu sein, das an einer Seite eine Holzverschalung mit Kastenfenstern erhalten hat. Die Luft darin ist dumpf und feucht. Im Hintergrund ist ein Podium für die Redner und das Bureau errichtet. Für die Zuhörer sind einige Reihen Bänke und dahinter Stühle vorhanden. Es ist etwa Platz für zweihundert Personen da, was so ungefähr der Zahl der Wählerschaft entspricht. Diese kommen gemächlich angerückt und schließlich ist der Raum vollständig gefüllt. Auch ein Soldat ist gekommen, um den Kandidaten zu hören. Er bekommt den Rat, an der Versammlung nicht teilzunehmen, um sich keinen Scherereien auszusuchen, und verläßt zögernd den Saal. Er bleibt dann an einem Fenster stehen, wo er die Ausführungen des Redners vernahmen kann. Auch zwei Frauen und ein junges Mädchen stehen dort, die später eintreten und aufmerksam zuhören.

Die Eröffnung der Versammlung vollzieht sich nach den üblichen Regeln. Genosse Boudonnat wird Vorsitzender, zwei andere Genossen Beisitzer. Boudonnat spricht mit überraschender Gewandtheit einige einleitende Sätze und gibt dann dem Genossen Dumas zu seinem Redenschaftsbericht das Wort.

Ich hatte der Rede mit mehrfachem Interesse entgegengesehen. Es ist eine beliebte Behauptung der Gegner, daß die Sozialisten vor den Bauern ihr wahres Programm in die Tasche stecken und sich auf die Empfehlung einiger den Augenblicksinteressen der Wählerschaft entsprechenden Reformen beschränken. Andererseits haben die Bürgerlich-Radikalen und mit ihnen einzelne Genossen, namentlich Hervé, speziell den guesdistischen Abgeordneten vorgeworfen, mit der „Reaktion“ zu liebäugeln und literale Stimmen zu fangen. Ich hatte nun Gelegenheit, die Gerechtigkeit dieser Anschuldigungen zu prüfen.

Dumas geht von der vorigen Wahl und ihrer Bedeutung aus. Nicht einer einzelnen Person, sondern der sozialistischen Partei haben die Wähler das Mandat anvertraut und der Abgeordnete war ihr gegenüber zu einer gewissenhaften Verwaltung verpflichtet. Der Redner gibt nun einen Ueberblick über die Reformarbeit des Parlaments und den Anteil, den die sozialistische Partei und in ihr er selbst an ihr gehabt haben. Manche Details haben für die Gegend eine besondere Bedeutung. Die Altersversicherung ist verbessert worden. Aber ist nicht die Ungerechtigkeit bestehen geblieben, daß der verelendete Halbpächter die Unternehmerbeiträge zahlen muß und nicht der eigentliche Unternehmer, der mühsige Grundeigentümer? Als er (Dumas) dann bei einer anderen Gelegenheit die Aufhebung des wucherischen Systems der „Generalpächter“ gefordert habe, hätten die Bourgeois gespottet, derlei gäbe es überhaupt nicht mehr. Aber als dann, auf das Andringen der sozialistischen Deputierten, eine amtliche Untersuchung vorgenommen worden sei, habe sie ergeben, daß es in Frankreich 3000 Generalpächter gäbe und davon 1500 allein im Departement Allier. — Und die Bauern lachen über die weisen Herren in Paris, die die in 3 Stunden erreichbare Wirklichkeit für ein Märchen von Nirgendwo halten.

Dumas geht dann zur Frage der dreijährigen Dienstzeit über und zeigt, wie diese neue Belastung des Volkes die Folge des von den Sozialisten stets bekämpften marokkanischen Abenteuer war. Die Bauern des Allier haben gegen das Recht protestiert. Die weiteren Ereignisse haben der Opposition Recht gegeben. Die Wehrkraft des Landes ist nicht vermindert, in den Kasernen aber haben die Seuchen ungezählte Opfer geworfen. Der Redner geht dann mit der ganzen Reformarbeit der bürgerlichen Parteien ins Gericht: Die Steuererleichterung für den Grundbesitz, von der man so viel Aufhebens macht, bedeutet, wie Camille Pelletan gezeigt hat, für die großen Besitzter ein wesentliches Gewicht und für die Bauern einen Verlust. Das dritte Dienstjahr allein aber fordert von den Halbpächtern, die mit ihren Söhnen arbeiten, das Opfer eines Jahreslohnes. Die Sozialisten versagen keiner Reform ihre Unterstützung; aber sie erklären, daß alle Reformen am Besten der heutigen Gesellschaft nichts ändern, die Not der arbeitenden Massen und den mühsigen Genuß der Kapitalisten nicht aufheben können. Der Redner zeigt die wachsende Konzentration des Kapitals, die Eroberung der ländlichen Gebiete durch die Warenhäuser, die Abzählungsgeschäfte, die Filialgeschäfte, die Kolonialwarenhäuser, die ihre Rollwagen bis ins letzte Dorf

schicken. Diese Entwicklung ist unumkehrbar und es gibt keine andere Lösung des Problems als den Sozialismus. Der Sozialismus ist es auch, der den Völkern den Frieden bringen wird. Wer darf ihn der Preisgebung der nationalen Unabhängigkeit bezichtigen — ihn, der für die Unabhängigkeit aller Völker ist. Wie die französischen Sozialisten gegen die Unterjochung Marokkos, so haben die italienischen gegen die Abhängigkeit Italiens und wer hat mitten im wildesten Kriegszustand gegen die wider den Willen der Bewohner vollzogene Einverleibung Elsaß-Lothringens Einspruch erhoben? Waren es nicht Bebel und Liebknecht, die deutschen Sozialdemokraten?

An dieser, wie schon an früheren wichtigen Stellen der Rede, erhebt sich Beifall. Schon bevor der Redner die beiden deutschen Sozialisten genannt hat, haben mehrere den Namen Bebel's halblaut ausgesprochen. Man sieht, den Bauern dieses französischen Kernlandes ist August Bebel kein Fremder und sie sind sich der internationalen Solidarität, die alle Sozialisten verbindet, wohl bewußt.

Dumas schließt mit einem feurigen Appell zum gemeinschaftlichen Kampf der Völker gegen den Krieg und für die soziale Befreiung, die Expropriation der Kapitalisten. Die Zuhörer, die von Anfang an Aufmerksamkeit bewiesen haben, folgen ihm mit einer sichtlich gesteigerten Anteilnahme. Man sieht, es ist die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, die sie am meisten interessiert und ihnen als der eigentliche Kern der Politik der Bestrebungen erscheint.

Der Beifall hat nicht den lärmenden Charakter, wie ihn Versammlungen nervöser und überhitzter Großstädter an den Tag legen. Es sind eben Bauern, für die ein Kopfnicken genügt, wo der Bewohner der Städte mit Händen und Füßen Zustimmung kundgibt. Aber der Redner hat offenbar großen Eindruck gemacht. Es sind wohl Gegner anwesend, doch verlangen sie trotz Aufforderung nicht das Wort. Ein offenbar etwas angeheiteter Besucher, der die Versammlung im Anfang durch sinnlose Zwischenrufe zu stören versucht hat, scheint sich beruhigt oder ganz verzogen zu haben.

Ein kleiner Geschäftsmann des Ortes meldet sich zu einer Anfrage. Er ist mit dem Redner im ganzen einverstanden, möchte aber wissen, warum dieser gegen einen Antrag des Nationalisten Berth auf progressive Besteuerung der Detailgeschäfte gestimmt hat.

Genosse Dumas antwortet auf die in wohlgeleiteter Rede höflich vorgetragene Frage und zeigt, wie einfach eine solche Bestimmung umgangen werden könnte. Er charakterisiert kurz die ganze Demagogie der Gewerbetreiber.

Der Frager dankt artig, erklärt sich befriedigt und sagt, um kein Mißverständnis zu schaffen, daß er seit 34 Jahren Republikaner sei.

Der Vorsitzende erklärt die Versammlung für geschlossen. Die Bauern in den vordersten Reihen rufen: „Vive la Republique Sociale!“ Einige nur: „Vive la Republique!“ Nicht aus Opposition, sondern weil die wahre Republik und die Idee der sozialen Gerechtigkeit für sie eines ist.

Viele Wähler treten an den Kandidaten heran, reichen ihm die Hand und sagen ihm herzliche Worte. Ein altes Bäuerlein humpelt herbei. Dumas, der das Gesicht von früher her kennt, sagt: „Na, wie geht's immer, Alter?“ „Gut, möchte es sein,“ versetzt dieser, „nur eben mit den Beinen will's nicht mehr recht gehn. Aber — und hier blinzelt er Dumas prüffig und vergnügt zu — j'en suis (ich tue mit).“

Otto Böhl.

Gegen das Dreijahresgesetz.

Paris, 22. April. In einer Wählerversammlung in Rueil bei Paris, in welcher der frühere Kriegsminister Millerand für den Kammerkandidaten des Verbandes der Linken, den „Temps“-Mitarbeiter Tardieu, eintreten wollte, veranstalteten die Sozialisten eine lärmende Kundgebung gegen das Dreijahresgesetz und verhinderten Millerand zu sprechen. Millerand und Tardieu konnten unbehelligt den Saal verlassen, worauf die Gendarmen die Ruhe wiederherstellten.

Politische Uebersicht.

Kleinbahnwünsche.

Schier endlos ist die Zahl der Wünsche von neuen Bahnen oder Ausbau bestehender Linien in Preußen. Mehr als hundert Landtagsabgeordnete fühlen das Bedürfnis, zu diesen welterschütternden Fragen das Wort zu ergreifen. Aus Furcht, die Debatte könnte sich dadurch unendlich ausdehnen, vielleicht auch aus Verjournis, daß so mancher der dem preussischen Volke so teuren Dreiklassenmänner vor Langeweile sterben könnte, machte der Vizepräsident Dr. Forst am Mittwoch noch einmal den Versuch, das Haus zu einer Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten zu veranlassen, er ließ aber von seinem Versuche ab, als von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite dagegen Einspruch erhoben wurde. So wird denn in den nächsten Tagen der unglückselige Minister mit seinen Räten Hunderte von Wünschen über sich ergehen lassen und mit anhören müssen, warum gerade diese Linie — nach Ansicht der Redner ist es natürlich jedesmal die von ihnen befristete — so ungeheuer wichtig ist. Aber auch diese Debatte wird einmal zu Ende gehen, ja es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß ein vorzeitiger gewalttätiger Schluß die Vertreter der Regierung von ihrem Leiden erlöset.

Am Donnerstag geht es vorläufig noch in demselben Fahrwasser weiter.

Ein ostafrikanischer Skandal.

Vor wenigen Tagen ist der Kommandeur der ostafrikanischen Schutztruppe, Oberst v. Schleinitz, aus seinem Amte geschieden. Ebenso ist der General v. Glasenapp, der oberste Kommandeur der Schutztruppen, von seinem Posten zurückgetreten. Die „Germania“ weiß nun über die Demissionen der beiden hohen Militärs höchst seltsame Dinge zu berichten.

Der Kaiser selbst soll die Veranlassung gewesen sein, daß Herr v. Schleinitz seinen Abschied einreichen mußte, denn, so erzählt die „Germania“, der Kaiser habe sich die gesamten Akten über Schleinitz vorlegen lassen und dabei wohl auch die Feststellung gemacht, daß schon im Jahre 1910 das Verbleiben des Herrn v. Schleinitz im Kolonialdienst in Frage gestellt gewesen sei, wenn nicht an einem Darstellungen Bericht eine Änderung vorgenommen worden sei (durch wen, werde ja im Reichskolonialamt am besten bekannt sein). Die Schleinitz ermöglicht habe, nochmals aus seinem Urlaub in die Kolonie zurückzukehren.

Jetzt nun habe Herr v. Schleinitz sein Schicksal erteilt und auch Herr v. Glasenapp, der ihn solange gehalten, habe seinen Abschied nehmen müssen. Ueber Herrn v. Schleinitz macht die „Germania“ noch folgende Mitteilung:

„Es ist auch durchaus einleuchtend, daß ein Schutztruppenkommandeur nicht auf seinem Posten bleiben kann, der seinen Offizieren folgende Instruktion gibt: „Sie kommen jetzt nach A. auf Posten, wenn Sie nicht binnen Jahres-

Gewerkschaftliches.

Bergräte als — Agitatoren.

Die königlichen Bergräte machen sich den Unternehmern im allgemeinen nicht unbenommen. Die allermeisten Bergbeamten berichten nur über gute Arbeitsverhältnisse, hohe Löhne, willkürliches Feiern der Arbeiter, grobhartige Wohlthaten, die Unternehmern in Lebensrisiko und der gleichen Herrlichkeiten mehr. Von Mängeln in den technischen Anlagen und im Betriebe merken sie wenig, wenigstens lassen sie in ihren Berichten nicht viel davon merken. Die Ursache der Grubenkatastrophen liegt ja auf der Hand: Leichtsinns der Arbeiter! Auf solchen Ton sind die meisten Bemerkungen zu den gemeldeten Unfällen abgestimmt. Die ersprießliche Tätigkeit verschiedener königlicher Beamten erstreckt sich weiter auf das gewerkschaftlich-agitatorische Gebiet. Ihres besonderen Wohlwollens erfreuen sich die gelben Werkvereine, auch die Christlichen finden noch Gnade vor ihren Augen. Zu den Gräueln verabscheuungswürdiger Art rechnen sie dagegen anscheinend die freie Organisation. Mit dieser Orientierung ihrer Sympathien erregen die Beamten bei den Kohlenkönigen jedenfalls keinen Anstoß. Hier einige Proben von der begründeten Agitation. Der Bergbeamte des Bezirks Werden schreibt in dem Bericht für 1913, daß auf den meisten Anlagen Werkvereine bestünden. „Sie verfolgen den Zweck, den nationalen Gedanken zu fördern, ihre Mitglieder in geistiger, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu heben und das gute Einvernehmen zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft zu heben.“ Da merkt man doch etwas von gutem Einvernehmen. Der Beamte verrät noch mehr von der Harmonie. Die Steinkohlenbergwerke Aktiengesellschaften hätten auf ihre Kosten den Werkvereinen einen Sozialsekretär zur Verfügung gestellt, außerdem erhielten die Vereine „geldliche Zuwendungen“. Weiter meldet der Beamte, daß von der Belegschaft ungefähr je 20 Proz. auf die Werkvereine, auf die christliche Organisation und den Bergarbeiterverband entfallen, „ein Zeichen für den allmählichen Rückgang des alten Verbandes und für die fortschreitende Entwicklung der auf christlicher und nationaler Grundlage beruhenden Werkvereine“. Der Wunsch ist hier der Vater des Gedankens. Der Beamte von Oberhausen singt ebenfalls das Loblied von der nationalen Tendenz und den Harmoniebestrebungen der gelben Vereine. Natürlich finden die Gelben auch in seinem Bezirk die gebührende Anerkennung. „Sie erfreuen sich seitens der Feinde tatkräftiger Unterstützung.“ Geschäftsunkosten, die sich bezahlt machen! Mit einem sehr feinen Organ scheint der Beamte von Königshütte, D.-Schl., ausgestattet zu sein. Er weiß bestimmt, daß die Aufstellung von Forderungen der Bergarbeiter in Schlesien unter Führung der polnischen Berufsvereinigungen „von vornherein auf Herbeiführung eines Streiks der ober-schlesischen Bergarbeiter hinarbeitet“. Nun ist's heraus: die Arbeiter streifen aus Vergnügen, aus Uebermut, Forderungen werden nur zum Schein erhoben. Eine eigene Vorstellung von den gewerkschaftlichen Verhältnissen bekundet der Beamte von Süd-Rattow. Er berichtet über den Streik in Oberschlesien: „Derselbe wurde durch die polnische Berufsvereinigung herbeigeführt. Später traten der sozialdemokratische, Hirsch-Dundersche Gewerksverein und der christliche Arbeiterverein hinzu.“ — Selbstverständlich liefert der Mann objektive Berichte. Es wäre jedenfalls besser, die Beamten achteten mehr auf die Befolgung der Arbeiterschutzbestimmungen und die Verhütung von Unfällen, als sich um das Gedeihen des gelben Sumpfes zu bemühen.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Steinarbeiter.

Die Arbeiter der Grabsteinindustrie nahmen am Dienstag den Situationsbericht entgegen. Der Stand der Bewegung ist für die

Streikenden ein guter und verbessert sich noch mit jedem Tage, da die Konjunktur mit jedem Tage steigt. Die Stimmung unter den Streikenden ist die denkbar beste. Bei allen Arbeiten, die den Verdacht rechtfertigen, daß es sich um Streikarbeit handeln könne, ist sofort dem Verbandsbureau Mitteilung zu machen. Zu den neuen Bedingungen arbeiten im ganzen 125 Berufskollegen bei 48 Firmen. Davon 84 Arbeiter in 36 Grabsteingeschäften und 41 in 12 Steinmetzgeschäften.

Zum Abwehrkampf der Droßknechtfeuer.

Sicher hat der schamhafte Zeit der organisierten Unternehmerrückwärtsgerichtet, die richtige ist. Die Maßnahmen, zu denen in die Reihen der Streikenden tragen und sie zu tatkräftig unklugen Handlungen veranlassen würde. Daß sich die Schornsteine hierin gründlich verreckt haben, bewies die am Mittwochvormittag abgehaltene Versammlung der im Kampfe stehenden Chauffeure. Kalt lächelnd ging die Versammlung über den Ausperrungsbeschluss hinweg, in der Ueberzeugung, daß es sich nur um einen Wust handelt, und der größte Teil der Unternehmer nicht daran denken wird, die Ausperrung mitzumachen.

Der Branchenleiter Becker kennzeichnete die Situation so wie wir sie mit Befriedigung feststellen, daß die Taktik, welche wir bisher befolgt haben, die richtige ist. Die Maßnahmen, zu denen uns die Unternehmer drängen wollten, haben wir nicht befolgt. Nun verliert man im Unternehmerrück, durch Verbreitung von Unwahrheiten die Dummheiten, die auf ihrer Seite gemacht worden sind, zu beschwigen. So wird auf jener Seite behauptet, der Transportarbeiterverband habe jede Verhandlung über den vorliegenden Konflikt abgelehnt. Das ist eine Unwahrheit. Acht Tage vor dem Zeitpunkt, wo die beschlossene Lohnkürzung eintreten sollte, haben wir mit dem Unternehmerverein verhandelt. Da wurde betont, man wolle auch in Zukunft, wenn etwas vorliegt, mit uns verhandeln, damit keine Unstimmigkeiten entstehen. Trotzdem hat der Unternehmerverein ein paar Tage später beschlossen, die Vergünstigungen, auf die wir Anspruch haben, fallen zu lassen. Daraus ergibt sich also, daß die Unternehmer, als sie mit uns verhandelten, schon alles für ihr Vorgehen gegen uns vorbereitet hatten. Wir haben stets betont, daß der Beschluß den Lohn zu kürzen, statutenwidrig ist. Das wird nun durch den heute im „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel des Einkaufsvereins der Kraftfahrzeugbesitzer bestätigt. Wir haben festzuhalten, daß der gegenwärtige Konflikt von einem Teil der Unternehmer hinter unserm Rücken und ohne mit uns zu verhandeln, heraufbeschworen ist. Es ist eine unerhörte Lüge, wenn behauptet wird, daß wir abgelehnt haben, mit den Unternehmern zu verhandeln.

Die Unternehmer haben damit gerechnet, daß wir in einen allgemeinen Streik auf der ganzen Linie eintreten werden. Da wir ihnen diesen Befehl nicht tun, so wollen die, die vom Streik betroffen sind, nicht ruhig zusehen, wie andere jetzt ein gutes Geschäft machen. Verzeihend ist es, daß die Unternehmer schon zwei Tage nach dem Ausbruch des Kampfes den Wettloos schwingen müssen, um Unterstufungen auszubringen. Weil die beschlossenen Unterstufungen freiwillig nur allzu spärlich eingingen, so geht ein Beauftragter von Hof zu Hof, um die Gelder persönlich einzutreiben. Er sucht aber die betreffenden Unternehmer vergebens; denn wer zahlen soll, ist nicht anwesend. So muß der Beauftragte mit dem leeren Geldbeutel wieder heimkehren. — Ein großer Teil der Unternehmer denkt gar nicht daran, den Beschlüssen der Schornsteiner Folge zu leisten. Der Direktor der A. S. G. hat dem Vertrauensmann in seinem Betriebe erklärt, daß er den Ansturm nicht mitmacht, er zähle keinen Pfennig Unterstufung und werde auch nicht ausweichen. — So denken übrigens auch viele andere Unternehmer. Am Dienstag haben wieder 23 Betriebe mit 102 Fahrern die Forderungen des Transportarbeiter-Verbandes bewilligt. Die Situation ist also sehr günstig, der Kampf verspricht ein recht gutes Resultat. Wir haben keine Veranlassung, unsere Taktik zu ändern und können ruhig abwarten, was die Unternehmer tun werden. Wenn überhaupt ausgesperrt werden sollte, so wird es nur in sehr geringem Umfang und für ganz kurze Zeit geschehen.

In diesem Sinne sprachen auch sämtliche Diskussionsredner. Schließlich stellte die Streikleitung noch fest, daß nur 13 Streikbrecher, darunter solche, die als unklare Elemente bekannt sind, vorhanden sind. Es herrscht also eine vollkommene Einmütigkeit

unter den Kämpfenden und eine Abbröckelung ist nicht zu befürchten, was auch die Unternehmer versuchen mögen.

Durch einen einstimmig gefaßten Beschluß erklärte sich die Versammlung mit der von der Streikleitung empfohlenen Beibehaltung der bisherigen Taktik einverstanden.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Die Wahlen von 25 Delegierten für den diesjährigen Verbandstag in Köln a. Rh. haben das nachstehende Resultat ergeben: Abgegeben wurden im ganzen 6547 Stimmen, von denen 296 als ungültig bezeichnet werden mußten.

Es erzielten Stimmen von der Sektion I: Leudner 1327, Podubrin 1471, Rübke 1498, Ludow 1580, Widof 1613, Daxid 1713, Bornowat 1795, Käster 1847, Grante 1967, Hannemann 2048, Witt 2101, Kantenhahn 2136. Demnach sind die sechs zuletzt genannten gewählt.

Von der Sektion II: Drußke 1803, Eymanski 2061, Gachbarth 2118, Volentin 2179, Schult 2309, Luz 2341, Pels 2442, Mariäke 2460, Eydow 2580, Hoppe 2685, Weitzel 2664, Rietsch 2682, Bobin 2780, General 2750, Tenzer 2765, Köbler 2963, Bart 2875, Rübke 3090, Tieg 3121, Meile 3123, Jrl. Herrig 3291, Frau Lau 3335, Herms 3796, Schade 3176. Gewählt sind somit die letzten zwölf.

Von der Sektion III: Hüler 1774, Matwunde 3507. Gewählt ist Matwunde.

Von der Sektion IV: Zeising 1534, Weder 1540, Hanke 1755, Franzki 2894, Bich 2691, Sowode 2798. Gewählt sind die drei zuletzt genannten.

Von der Sektion V: Fromke 1631, Sternberg 2066, Nierenz 2134, Stendte 2436, Krüger 2817, Mose 2649. Gewählt sind die drei zuletzt genannten.

Die Bezirksverwaltung.

J. A.: Berner.

Sum Kellnerkreiß im „Kadepeter“ Oskar Engelmann G. m. b. H. (A. Klempt), Schöneberg Hauptstr. 139. Als Streikbrecherlieferant tritt der Reichsverband (Ortsverein Velle-Alliance) auf, welcher allerdings für Berlin bedeutungslos an der Zahl der Mitglieder erscheint. Dieser Reichsverband hat über den Streik der organisierten Kellner des Betriebes unzureichende Behauptungen in der „Staatsbürger-Zeitung“ verbreitet. Zunächst sei deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß die Organisation nicht nur für den Schöneberger Betrieb, sondern für alle 4 Betriebe, welche Herr Klempt bewirtschaftet, Verträge abgeschlossen wollte.

Der Ortsverein Velle-Alliance gibt in seiner Kritik an, er habe denselben Lohn beansprucht wie der Verband der Gastwirtsgehilfen. Dies ist jedoch unklar. Der für den Betrieb Alexanderplatz Ecke Neue Königstraße abgeschlossene Vertrag ist auf monatlich 10 M. pro Angestellter niedriger vereinbart, als die freie Organisation gefordert hatte. Als Beweis dafür diene eine Forderung des Direktors Epprahmsohn der Oswald-Berliner-Brauerei. Gelegentlich einer Unterhaltung hierüber mit den Verbandsvertretern hat Herr Epprahmsohn den Standpunkt des Unternehmers Klempt sofort unterstellt, als er sagte, er könne es dem Herrn K. nicht verdenken, wenn derselbe seine Kellner 10 M. monatlich billiger beläme. Der Reichsverband (Ortsverein Velle-Alliance) sucht sein Vorgehen dadurch zu bemitleiden, daß er den Arbeitsmonopolbestrebungen des von ihm „sozialdemokratisch“ gestempelten Verbandes entgegenzutreten müsse. Er habe aus diesem Grunde den Betrieb in Schöneberg während des Streiks durch seine Mitglieder mit neuen Arbeitskräften besetzt. Befriedigt ist deshalb ebenfalls, daß durch den Streikbrecherlieferungsvertrag für den Schöneberger Betrieb nicht der Lohn vereinbart worden ist, welcher von denselben angegeben wird.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Berlin I.

Aus dem Fleischergerichte. Die Firma Laddach, Fleischerrei Rosenthal, Markow Str. 8, wagt sich, den Tarifvertrag der Fleischerorganisation anzuerkennen. Ueber den Betrieb hat die Organisation für organisierte Fleischergehilfen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Deutsches Reich.

Die Schuhmachergehilfen in Haidhausen hatten am 1. April ihren dreijährigen Tarifvertrag, der am 1. Mal abläuft, gekündigt. Die Schuhmacher-Zwangsgewerkschaft hat nun in ihrer letzten Quartalsversammlung beschlossen, dem neu eingereichten Tarif ihre Zustimmung zu verweigern und jede Verhandlung abzulehnen. Diese brisante Stellungnahme hat die Gehilfen veranlaßt, geschlossen die Kündigung einzureichen. Da somit die Möglichkeit einer Arbeitsniederlegung sehr wahrscheinlich ist, wird am Fernhaltung des Zuges erucht.

Der „Bürgermeister“ von Köslin.

Zum Leierhaften gesungen von Knax.

Preußen, Deutsche, alle miteinander, hört die neueste Schwindelmordgeschicht Von dem Doktor juris Alexander — Dieses war er aber wirklich nicht!

Sondern vielmehr einen Heinrich Thormann, Welcher des Betrugs verdächtig schien — Eben diesen Heinrich erkor man Sich als Bürgermeister von Köslin.

Zwarsten keine richtigen Papiere Hatte dieses Individuum, Doch er kannte die Beamtenkammer Und was sonst gehört so dran und drum.

Ertens war er heck und unverfroren Und ein wohlgeschwollener junger Mann Und im strammen Osten auch geboren, Wo kein Sozi noch nichts machen kann.

Publikum! o hör', was ich bemerke: Tüchtig war der Mann, obschonst er stahl! Alle Schreiberei war seine Stärke, Und politisch war er national.

Heußerst geistreich war er als Juriste, Ja, direktemang Autorität! Denn am besten nagelt diese Kiste, Wer im Grunde nicht davon versteht!

Doch in Preußen brauchst du, lieber Junge, Konnexion, sonst liegst einfach platt! Dieses ist, daß ich es deutsch belunge, Wenn man bessere Verwandte hat.

Darum dudelt hier auch meine Flöte, Treu der Wahrheit bis ins späte Grab, Von der imponanten Hochzeitsfeste, Die sich Heinrich in Bromberg gab.

Nämlich keine bloß so vom Theater freite dieser höchst geliebte Sohn: Eisenbahner war ihr braver Vater Aber oben von der Direktion!

Seht, nun konnt' es Heinrich nicht fehlen, Wenn ihr recht Bescheid in Preußen wißt: Soll man nicht zum Bürgermeister wählen, Wer verwandt mit Präsidenten ist?!

Heußerst weise hatte man entschieden. Die Kösliner waren froh wie nie. Heinrich regierte sie in Frieden Und genöß, so sagt man, Sympathie.

Mußte dieser so gewitzte Bruder Schließlich doch was furchtbar Dummes tun? Und ein Mädchen, solch ein armes Luder, Am zwei lumpge tausend Mark beschmuht?

Bloß durch dieses hat etwas gemorken Selbst die preußische Staatsanwaltschaft. Heinrich entpuppte sich als Schorchen Und nun sitzt der Dr. jur. in Haft!

Ah! daß seine Zukunft nun verkauft ist! Daß er die Karriere sich verscherzt! Denn er hätte, so wie er gebaut ist, Schließlich Jagow noch vom Sitz gesterzt!

Weißensfeld und Bromberg rufen Klage Am dies hoffnungsvolle Menschenglück, Und Köslin gedenkt der stolzen Tage Jenes „Hauptmanns“, wo in Köpenick ...

Seht nun in Euch alle miteinander, Nehmet auch ein gutes Beispiel dran: Dieser wahrhaft große Alexander Hat gezeigt, was man in Preußen kann!

Wissenschaft und Demokratie. Aus Zürich wird uns geschrieben: Die Stadt Zürich hat festgelegt hinter sich, an denen das ganze Volk teilgenommen. Es wurde die neue Universität eingeweiht, die droben auf den Höhen des Zürichberges neben dem

eigenen öffentlichen Polytechnikum steht und die Summe von circa 8 1/2 Millionen Franken erforderte, die vom Kanton Zürich, der Stadt Zürich und aus privaten Beiträgen aufgebracht wurde. In mehreren Volksabstimmungen bewies die Mehrheit der Stimmberechtigten die geforderten Millionenkredite, und auch die Arbeiter stimmten dafür, nachdem die sozialdemokratische Partei offiziell dafür eingetreten war. Und so steht denn auch über dem Portal der neuen großen Universität die Inschrift:

„Durch den Willen des Volkes 1911/1914.“ Kein Wort von irgendeiner Dynastie, die allein das Verdienst für das Zustandekommen des neuen großen Kulturwerkes für sich in Anspruch nähme und das Volk, das die Millionen aufbrachte sowie die mitwirkenden Künstler und Gelehrten nur als die Handlanger des „Heren“ tagierte und ignorierte. Der Erziehungsdirektor Dr. Loder richtete in seiner Weiherede an Professoren und Studenten die ernste Mahnung: „Denkt nicht gering von der Menge des Volkes unter Euch; denkt, daß es die Arbeit des Volkes ist, welche die Mittel schafft für den Bau und Unterhalt der Lehranstalten, an denen Ihr die schönsten Jahre Eures Lebens verbringen dürft.“

Es darf auch an den Ausdruck von David Friedrich Strauß erinnert werden, als er in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts als Professor nach Zürich kam. Angesichts des die Stadt beherrschenden Polytechnikums auf dem Zürichberg meinte er: In einer monarchischen Residenzstadt würde auf dieser Höhe ein Schloß oder eine Kirche stehen, in der Republik steht eine Schule da.

Auch in dem großartigen historischen Festzug vom Montag, in dem Geschichte, Kunst und Wissenschaft zur vollendeten Darstellung gelangten, fehlte selbstverständlich jedes aufdringliche und drückende monarchische Gepräge. Es feierte ein sich selbst regierendes, politisch reifes und mündiges Volk seine eigene Kulturart. Und auch die Massen des arbeitenden Volkes feierten mit. Leben sie auch noch im kapitalistischen Klassenstaat, ist der Geist der Universität der hohen Stellen wegen noch der proletarischen Jugend vergeschlossen, die neue Hochschule wird dereinst in der neuen Gesellschaft die Jugend der besetzten Klassen ebenso mit offenen Armen aufnehmen und sie lehren und bilden, wie heute fast ausschließlich die kapitalistische Jugend.

Die französische Wahlzelle. Bei den am 26. April stattfindenden Wahlen zur französischen Deputiertenkammer wird zum ersten Male das sogenannte „Foliot“, eine Art Wahlzelle, auf Grund eines neuen Gesetzes in Anwendung kommen, um die Geheimhaltung der Abstimmung zu sichern. Dieses Gesetz bestimmt, daß der Wähler erst dann zur Urne gelassen werden darf, wenn er die Wahlzelle passiert hat. Die Zelle hat vorn und hinten statt der Türen verschließbare Vorhänge, die so kurz sind, daß man sehen kann, ob die Zelle besetzt ist oder nicht. Nachdem der Wähler seine Wahlkarte vorgezeigt hat, tritt er in eine der Wahlzellen ein. Er findet dort Papier und Tinte, um seinen Stimmzettel zu schreiben. Wenn er nicht

Drahtarbeiterstreik in Hannover. Die in den hannoverschen Drahtmanufakturen beschäftigten Arbeiter, Drahtflechter, Schlosser und Hilfsarbeiter haben am 20. April die Arbeit eingestellt. Für die Dauer besteht seit dem Jahre 1905 ein Tarifvertrag. Der letzte Tarif ist seit 1. April abgelaufen. Eine neue Vorlage wurde den Firmen schon Ende Januar zugestellt. Die Firmen haben darauf, wie auch auf die weiteren Zuschriften des Metallarbeiterverbandes nicht geantwortet. Auch die Verträge der Arbeiter, durch Kommissionen eine Verabredung herbeizuführen, scheiterten an der ablehnenden Haltung der Unternehmer, die schließlich erklärten, daß sie einen Tarifvertrag überhaupt nicht mehr abschließen und die Löhne nach eigenem Ermessen festlegen wollten. Es sind dann nach dem 1. April auch neue Arbeitskräfte unter den bisherigen Tarifverträgen entlassen worden. Deshalb ist die Arbeitseinstellung. Zugunsten der Firmen zu halten.

Die Unternehmer im Breslauer Stollateurberuf haben den Arbeitnehmer den im April dieses Jahres ablaufenden Lohnvertrag gekündigt. Die Herren sind zwar geneigt, wieder einen neuen Tarif abzuschließen, wenn die Gehälter in eine bis zu 30 Proz. gehende Vorkürzung einwilligen. Dieses Ansuchen haben die Gehälter einstimmig abgelehnt und beschlossen, vorläufig nur im Accord weiter zu arbeiten.

Der Streik der Zeitungsfrauen beim Dortmund „Generalanzeiger“ hat mit einem vollen Erfolge geendet. Die Organisation, von der der Verlag erst nichts wissen wollte, wurde anerkannt, der Trägerlohn im Stadtbezirk von 15 auf 17 Pf. erhöht. Die Nachgiebigkeit des Verlages, der sich jetzt auf „Mißverständnisse“ zurückführt, ist eine Folge des wirkungsvollen Eingreifens der Arbeiterkassier, die das unsoziale Verhalten gegen schlechtelohnende Frauen in einer großzügigen Agitation für die „Arbeiterzeitung“ ausnützte. Noch am gleichen Tage, an dem die Verhandlungen stattfanden, schrieb das Blatt, es bestände bei ihm kein Streik, es lebe mit seinen Angestellten in Frieden und alle gegenseitigen Gerüchte seien nur ein Konkurrenzmanöver. Durch die Bekanntgabe der erfolgten Einigung desbetreffenden sich das Blatt also selbst. In einem Flugblatt des Transportarbeiterverbandes wird behauptet, daß die erste Streikwoche dem „Generalanzeiger“ 10 000 Abonnenten gekostet habe.

Ausland.

Streik der Simplon-Tunnelarbeiter.

Am Simplontunnel streiken die Arbeiter. Die Bewegung nimmt immer größere Dimensionen an. In verschiedenen Stücken ist es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitwilligen gekommen. Die Unternehmer erklären, daß sie die Forderungen der Arbeiter auf keinen Fall bewilligen werden und eventuell die Arbeiten baulich einstellen werden. Die Zugänge zu den Stollen werden militärisch bewacht.

Streik der italienischen Tabakarbeiter.

Rom, den 20. April 1914. (Fig. Ver.) Klöcklich und unzerwärtet ist der Generalstreik in den staatlichen Tabakmanufakturen proklamiert worden. Wie es heißt, ist derselbe durch ein Mißverständnis veranlaßt. Der Minister hatte die Kommission der Tabakarbeiter gebeten, eine nachgefragte Unterredung zu verschicken, und diese Haltung ist von der Kommission irrtümlich als Abbruch der Verhandlungen aufgefaßt worden. Hieraus erstarrt sich die für die Arbeiter recht ungünstige Wahl des Zeitpunktes. Durch die neuen Abgaben auf Zigarren und Tabak ist nämlich in den letzten Monaten der Konsum stark gesunken. Die Folge ist die Aufhebung eines so großen Stoffs, daß die Vorräte für den Konsum von drei Monaten hinreichend sind. Daher erwägt der Regierung gar kein Nachteil aus dem Streik. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf 18 000 in 7 verschiedenen Städten. Von diesen 18 000 sind 1300 Männer, die übrigen Frauen. Was die Forderungen betrifft, so haben die Arbeiter sie seit mehreren Monaten dem Finanzminister vorgelegt. Die Arbeiter fordern die Herabsetzung der Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden und Erhöhung der Löhne um 25 Proz., weiter eine Erhöhung der Pensionen und Herabsetzung des Zeitpunktes der Pensionberechtigung. Die heutige Höhe der Löhne wechselt je nach der Stadt. In Rom beträgt der Durchschnittslohn für den männlichen Arbeiter 6,28, für den weiblichen 3,30 Lire. Die Pension beläuft sich für die Männer auf 609 Lire jährlich, für die Frauen auf 510 Lire. Im laufenden Budgetjahr ist die Summe von 1,9 Milliarden für die Pensionen des Tabakpersonals ausgeworfen. Jede Tabakarbeiterin erhält 10 Lire bei der Niederkunft. Außerdem haben die Manufakturen Stillbetten und Krippen, in denen die Kinder bis zum zweiten Jahre während des ganzen Tages versorgt werden und von der Mutter gepflegt werden können. Der Finanzminister hat erklärt,

schon einen gedruckten mitgebracht hat. Den Stimmzettel sieht er dann in einen Briefumschlag, der ebenfalls in der Wahlzelle aufliegt, und verläßt sie auf der anderen Seite, nachdem er das Rubert angeklebt hat. Der Wähler zeigt nun sein verschlossenes Rubert dem Bureauvorstand, worauf er es in die Urne wirft. Die Herstellungskosten für diese Wahlzellen werden von der Gemeinde und dem Staate gemeinsam getragen; der Staat gibt den Gemeinden einen Zuschuß von 12 M. pro Zelle. Das neue Verfahren, das man auf den ersten Blick für etwas umständlich halten könnte, hat sich bereits bei einigen Nachwahlen bewährt, wo es sehr zur Aufrechterhaltung der Ordnung beitrug; es wird aber bei den Wahlen zum 20. April zum ersten Male allgemeine Verwendung finden.

Notizen.

— In Neuen Volkstheater findet Montag, den 27. April, die erste Aufführung von Heinrich Lilienfelds Drama „Maria Friedhammer“ statt.

— Der fällige sittliche Aufsch. In Wiesbaden veranlaßt die Polizei die Entfernung eines Gemäldes von dem berühmten französischen Maler Poussin aus einer Scharnaustraße. Das Bild stellt Venus und Kallisto dar, also eine amouröse Szene aus der griechischen Mythologie. Einige Damen, die offenbar in den Reizen der Kallisto unläuterer Begehren sahen, sollen die Leichtigkeit zu ihrem Eingreifen ermuntert haben.

— Schiffstaupe. Der kleine Kreuzer „Griag Irene“ wird auf den Namen einer süddeutschen Stadt getauft werden. Wie wir hören, soll „Zabern“ sein Name und Dallwitz sein Taufpaten sein.

— Deutschlands Zeitungen und Zeitschriften. Eine Reihe interessanter Zahlen veröffentlichte unlängst das „Orientblatt für den Deutschen Buchhandel“. Danach war die Zahl der erscheinenden Blätter im Deutschen Reich für 1910: 1904, wovon 3894 Zeitungen und 5410 Zeitschriften waren, die erschienen kamen an 1227, die letzteren an 908 Orten heraus. Die Gesamtauflage der Zeitungen soll 18 Millionen Exemplare sein (5420 Exemplare durchschnittlich pro Zeitung) und 84 Millionen Exemplare für Zeitschriften (durchschnittlich 6390 Exemplare pro Zeitschrift). Die jährliche Gesamtauflage im Reich für die periodische Presse soll 326 Millionen Mark betragen (94 Millionen für Zeitungen und 232 Mill. für Zeitschriften).

Ein neuer Beweis, wie viel Arbeit noch geleistet werden muß, da nur etwa ein Zehntel der Gesamtauflage der Zeitungen auf mehrere Beilagenblätter entfällt, während circa ein Drittel aller Reichstagswähler für unsere Kandidaten stimmen.

— Der dritte internationale Kongreß für Berufskrankheiten wird in der letzten Septemberwoche in Wien abgehalten werden. Nicht Einzelgebiete werden behandelt: das Wesen der Erkrankung, die Arbeit in heißer und feuchter Atmosphäre, gewerblicher Mißbrauch, die durch Einatmung von Staub bedingten gewerblichen Krankheiten, die Wirkungen der Elektrizität in der Berufstätigkeit, gewerbliche Vergiftungen, Schädigung des Gehörs durch den Verfall und allgemeine Mitteilungen. In einer Ausschreibung sollen die Mittel zur Verhütung von Berufskrankheiten veranschaulicht werden. Die Teilnahme an der Versammlung steht jeder Person frei.

zu Verhandlungen bereit zu sein, aber im Hinblick auf die Lage der Staatsfinanzen nur minimale Zugeständnisse machen zu können. Der Streik ist überall mit vollständiger Solidarität durchgeführt worden.

Die amerikanischen Ordnungshandlenden haben im Graubenzweig Colorado wüßt gehaust. Nach den bisherigen Feststellungen sind am Montag bei dem Ueberfall der Rilly auf die Feststadt der ermordeten Bergleute bei Ludlow 26 Männer, Frauen und Kinder ermordet oder sonst um Leben gekommen. Man glaubt sogar, daß die Zahl der Opfer an die 50 heranreicht. Die Frauen und Kinder verbrannten meist elend in den von den Rillyn angezündeten Zelten.

Ein Angriff gegen die paritätischen Arbeitsnachweise.

Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise, der bis vor kurzem in den paritätischen Arbeitsnachweisen ein recht eifriger Wortführer war, hat in letzter Zeit eine merkwürdige Schwankung unternommen, die eine vollständige Aufgabe seines bisherigen Standpunktes bedeutet. Die Stellungnahme fällt zusammen mit dem Vorgehen des preussischen Handelsministers gegen die Arbeitsnachweise, die durch Tarifvertrag eine gewisse Begrenzung in der Arbeitsvermittlung durchzuführen haben. Sie steht auch in Zusammenhang mit den vielfachen Angriffen, die aus den Kreisen der Gewerbetreibenden, der christlichen Gewerkschaften und der gelben Gewerkschaften kommen, die an der bisherigen Führung der Arbeitsnachweise manches auszusetzen haben. Die Einwände beruhen im wesentlichen darauf, daß bei der Schwäche dieser Organisationen ihr Einfluß auf den Arbeitsnachweis zu gering ist, sie müssen sich mit einer Teilvertretung begnügen oder auf eine Vertretung ganz verzichten. Nicht minder übel wird es empfunden, daß einige Facharbeitsnachweise nur auf tariffreie Firmen beruhen und die Angehörigen der Organisationen, die den Tarifvertrag vereinbart haben, den Vorzug genießen. Man verlangt, daß alle Arbeiter gleichmäßig zugelassen werden, ohne Rücksicht, ob sie den Tarif beachten oder nicht.

Diese Treibereien verfolgen in ihrem Endergebnis einen ähnlichen Zweck, wie ihn die christlichen Gewerkschaften bei der Reichsversicherungsordnung erreichten: Beschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter zugunsten eines größeren Einflusses der Unternehmer.

Man wird anerkennen müssen, daß der Verband Deutscher Arbeitsnachweise bisher bemüht war, in das Durcheinander der Arbeitsvermittlung manche Ordnung hineinzubringen. Er hat dabei auch die Unterstützung der Gewerkschaften gefunden, die ihre durch Tarifvertrag eingeführten Arbeitsnachweise den öffentlichen Arbeitsnachweisen vielfach angliederten. Nachdem dieser Zweck zum Teil erreicht ist, dankt dem Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise, Herrn Dr. Freund, diese Aufgabe zu sein, er versucht auch die Unternehmerarbeitsnachweise in den Kreis seiner Organisation hereinzugiehen. Das kann aber nicht geschehen ohne Aufgabe des bisherigen Standpunktes der paritätischen Verwaltung. Denn diese Einrichtung ist gerade von Unternehmerorganisationen vielfach Gegenstand scharfer Angriffe gewesen und die Ursache, weshalb die Arbeitsnachweise der Unternehmer in die Organisation der paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweise nicht aufgehen wollten.

Schon auf der Generalversammlung des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise 1910 in Breslau wurde ganz unermittelt die Frage in die Debatte geworfen, ob fernerhin noch die paritätischen Arbeitsnachweise den Standpunkt aufrechterhalten sollten, bei Streiks dem Arbeitsnachweisenden davon Kenntnis zu geben. 1912 auf der Generalversammlung in Hamburg wiederholte sich die Streitfrage. Gleichzeitig kam es zu einer erregten Auseinandersetzung darüber, in welcher Verbindung Herr Dr. Freund zu den Wünschen im preussischen Handelsministerium steht. Die Vertreter der Gewerkschaften ließen keinen Anstoß darüber obwalten, daß sie mit aller Entschiedenheit sich gegen die veränderte Stellungnahme des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise aussprachen und bereit sind, die Konsequenzen ihres Standpunktes zu ziehen. Das hat den Ausschuß des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise nicht gehindert, mit einer prinzipiellen Erklärung an die Öffentlichkeit zu treten, die im wesentlichen eine Preisgabe der paritätischen Verwaltung im Arbeitsnachweis bedeutet und wohl das Programm des preussischen Handelsministeriums enthält.

Im Vorbergrunde dieser Prinzipienklärung, die in Nr. 6 „Der Arbeitsnachweis in Deutschland“, Zeitschrift des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise“ veröffentlicht ist, steht wieder die Arbeitsvermittlung bei Streiks. Es wird verlangt, daß weder dem Arbeitgeber noch dem Arbeitnehmer Mitteilungen über Streiks gemacht werden oder aber, wo es geschieht, auch dem Arbeitgeber mitgeteilt wird, ob der Arbeiter aus einem Betrieb kommt, der in einen Streik oder eine Aussperrung verwickelt ist. Begründet wird diese Forderung mit der angeblichen Parität, die bisher dem Unternehmer gegenüber nicht innegehalten wurde, wenn nur dem Arbeiter Kenntnis von dem Streik gegeben wird. Die Formulierung eines paritätischen Ausgleiches in diesem Fall führt in der Praxis nur zu einer Benachteiligung des Arbeiters. Sie ist keine Parität, weil die wirtschaftliche Stellung beider Interessentengruppen, der Arbeiter und der Unternehmer, hier in ihrer ganzen Verschiedenartigkeit zum Ausdruck kommt. Dem Unternehmer ist Gelegenheit gegeben, in viel einfacherer Art die Kontrolle über einen von Arbeitsnachweis zugewandten Arbeiter auszuüben. Er bedarf nur der Kontrolle der Invalidenkarte, um, wie es auch in vielen Fällen geschieht, sofort zu erkennen, aus welchem Ort der Arbeiter kommt. Sehr viel anders gestaltet sich die Sache für den Arbeiter. Er ist unter Umständen wochenlang ohne Arbeit, hat keine genügende Gelegenheit, um sich über Streiks oder Aussperrungen zu informieren. Die Stellung, die er im Arbeitsnachweis bekommt, verursacht ihm Kosten, denn er muß nach einem anderen Orte übersehen, wo er die Arbeit aufnehmen soll. Dort erfährt er nun erst, daß ein Streik ausgebrochen ist, er verweigert die Arbeit, hat aber den letzten Rest seiner Parität für die Reise ausgegeben. Das Beispiel zeigt, wie schwer der Arbeiter in diesem Fall geschädigt ist und in welche Zwangslage er kommt, ohne daß eine gleich ungünstige Situation für den Unternehmer denkbar wäre.

Sehr beachtlich ist aber, daß in Verbindung mit dieser Forderung in den Grundrissen des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise verlangt wird, daß für den einzelnen Fall gewünschte besondere Wünsche der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Die Forderung ist nicht anders zu verstehen, als wie der Unternehmer kann das Verlangen äußern, daß ihm kein Arbeiter zugewiesen wird, der einer Organisation angehört, bei keinem Streik beteiligt war und sich bereit erklärt, dem gelben Berufsverein beizutreten. Natürlich könnte in diesem Fall auch die Parität aufrechterhalten werden, das heißt der Arbeiter könnte verlangen, daß er in keinem Betriebe Arbeit nachgewiesen erhält, wo geübt wird, der Unternehmer darf nicht organisiert sein und muß sich bereit erklären, aus der Zeitung auszutreten. — Man

sieht im vorliegenden Falle schon, zu welchen albernen Konsequenzen die sinnlos angewendete Parität führen kann. Es wird natürlich keinen Arbeiter geben, der die beiden letzten Anforderungen stellt, aber mit ebenso gutem Recht darf wohl verlangt werden, daß der Arbeitsnachweis nicht mit dazu beiträgt, das Koalitionsrecht, wie es sonst von den Unternehmern nachweisen geschieht, einzuschränken.

Im übrigen soll der Arbeitsnachweis nach den aufgestellten Grundrissen allen Personen offenstehen. Mit dieser Forderung soll die in einigen Tarifen vereinbarte Klausel, daß die Organisationen, die den Tarifvertrag abgeschlossen, einen Vorzug genießen, in Acht und Bann getan werden. Die Verdrängung eines solchen Anspruchs muß entschieden abgelehnt werden. Es würde das, der Innehaltung des Tarifvertrages weitere große Schwierigkeiten auferlegen und den freien Abschluß des Vertrages auf diesem Gebiete vollständig beseitigen. Wer außerhalb des Tarifvertrages steht, hat das Recht, jederzeit die Arbeitsvermittlung zu organisieren. Der Facharbeitsnachweis kann solche Konkurrenzunternehmungen gar nicht hindern. Er ist aber nicht dazu da, Personen, die sich anbieten, unter dem Tarif zu arbeiten, seine Arbeitsnachweiseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Ebensovienig kann er gezwungen werden, Betriebsarbeiter zuzuwenden, die den Tarifvertrag nicht anerkennen und den anderen Unternehmern somit unzulässige Konkurrenz machen.

Die Stellungnahme des Herrn Dr. Freund muß um so mehr überraschen, als er in Berlin wiederholt Arbeitsnachweise mit dieser Begrenzung der Arbeitsvermittlung herangezogen hat und nie einen Anstoß daran nahm.

Die weiteren Grundriss, die sich nun gerade mit der Verwaltung der Arbeitsnachweise beschäftigen, stellen, wie schon bemerkt, die paritätische Verwaltung vollständig in Frage; denn es sollen neben Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Anzahl und dem unparteiischen Vorsitzenden noch eine Vertretung aus der Gemeindeverwaltung hinzutreten, so daß natürlich der Einfluß der Arbeiter gänzlich ausgeschaltet wird, wenn die Gemeindevertreter mit den Unternehmern den gleichen Standpunkt innehalten. Das ist natürlich ein vollständiges Aufgeben der bisher sehr gut bewährten Verwaltungseinrichtung. Wird dieser Grundriss durchgeführt, so wird man mit Recht den Unternehmern erklären können, daß die paar Arbeiter im Arbeitsnachweis nichts zu bedeuten haben. Die Gemeindeverwaltung und die Unternehmer sorgen schon dafür, daß die Arbeitervertretung nur zur Dekoration da ist. Der Ausschuß des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise muß die Arbeiter sehr gering einschätzen, wenn er glaubt, daß sie sich durch seine Beeinflussung irritieren lassen. Die Durchführung dieses Grundrisses in den Facharbeitsnachweisen würde sicherlich zu heftigen, erbitterten Kämpfen Anlaß geben.

Mit dieser Aufhebung der paritätischen Verwaltung steht in enger Verbindung, daß der Facharbeitsnachweis die Beamten nur von dem Träger des öffentlichen Arbeitsnachweises, das dürfte in der Regel die Gemeindeverwaltung sein, angestellt werden darf. Diese Beamten unterstehen, wie es dann heißt, der Dienstaufsicht des Trägers des öffentlichen Arbeitsnachweises. Damit ist der Einfluß der Verwaltungskörperschaft des paritätischen Arbeitsnachweises überhaupt aufgehoben. Wenn z. B. bei Erledigung einer Beschwerte die Verwaltung dem Beschwerte gegenüber dem Arbeitsvermittler recht gibt, würde in Zukunft der Arbeitsvermittler sich an diesen Entscheid gar nicht zu kehren haben, denn er untersteht nicht der Verwaltung des Arbeitsnachweises, sondern dem öffentlichen Träger des Arbeitsnachweises. Was hat also diese ganze Verwaltungseinrichtung noch für einen Zweck? Man sieht, es ist hier der gleiche Weg gewählt wie bei der Krankenversicherung. Der verantwortliche Angestellte wird Gemeindebeamter, ist nicht mehr von der Verwaltung abhängig, sondern von seiner vorgesetzten Behörde.

Wir übergehen eine Anzahl anderer Bestimmungen, die Anlaß zur Kritik geben, um nur an diesen hervorgehobenen die ganze Tendenz der Beschlüsse des Ausschusses zu zeigen. Sehr bemerkenswert ist übrigens, daß der Ausschuß die landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise nicht unter diese Klauseln stellen will. Diese Beschlüsse sind sicherlich eine Parität, daß nicht von jener Seite den Herren das Konzept verdröben wird. Herr Dr. Freund hat in den Verhandlungen durchblicken lassen, daß, wenn die Facharbeitsnachweise diesen Anforderungen sich nicht fügen, die preussische Regierung von dem § 12 des Stellenvermittlergesetzes Gebrauch macht, um durch Verordnung ihre Ansicht zur Durchführung zu bringen. Der preussische Regierung trauen wir eine solche Auslegung des § 12 des Stellenvermittlergesetzes schon zu, obwohl diese Bestimmung damals, wie erklärt wurde, nicht gegen die Gewerkschaften gerichtet sein sollte. Immerhin mag Herr Dr. Freund seinen Auftraggebern im preussischen Handelsministerium sagen, daß auch durch diese Drohungen sich die Arbeiter von ihrer grundsätzlichen Auffassung der paritätischen Verwaltung im Arbeitsnachweis nicht abbringen lassen. Wenn der Verband Deutscher Arbeitsnachweise im Hinblick auf die Subvention, die ihm von der Regierung überwiesen wird, glaubt, sich als Handlanger der Scharfmacherinteressen getieren zu müssen, so wird er mit dieser Stellungnahme das Vertrauen in der Arbeiterschaft vollständig einbüßen, allerdings wird er dafür die Zustimmung der Herren von der Großindustrie eintauschen. Die Arbeiterschaft wird diesen Bestrebungen den Kampf ansagen müssen, denn der Zentralverband Deutscher Arbeitsnachweise ist im Begriff, die Arbeitsvermittlung den Scharfmachern auszuliefern.

Eine Demonstration für einheitliches Arbeitsrecht.

Am 26. April wird der von zwölf Angestelltenorganisationen einberufene „Kongreß für einheitliches Angestelltenrecht“ hier in Berlin im Architektenhaus*) zusammentreten. Diese Tagung ist in mehrfacher Beziehung für die gesamte Arbeiterschaft beachtenswert.

Die Forderung der Vereinheitlichung des Dienstvertragsrechts wird nicht nur von den Angestellten, sondern von allen Arbeitern erhoben. Die gegenwärtige Zersplitterung der gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag erschwert es den Arbeitern außerordentlich, sich über die rechtlichen Beziehungen zu ihren Arbeitgebern klarzuwerden. Das ist besonders deshalb auch ein schwerer Mangel, weil eine große Zahl von Arbeitern berufen ist, in den Gewerbetreibenden als Richter zu fungieren. Auf keinem anderen Gebiete sollte auf einen klaren, durchsichtigen Aufbau der Gesetze so großes Gewicht gelegt werden, als auf dem Gebiete des Arbeitsrechts. Aber nicht nur aus diesem Grunde ist eine

*) Die Vereine sind: Allgemeiner Verband der Deutschen Bankbeamten, Allgemeine Vereinigung Deutscher Buchhandlungsgehilfen, Bund der technisch-industriellen Beamten, Deutscher Stricker-, Deutscher Techniker-, Deutscher Zusammenbauverband, Verband der Bureauangestellten, der Kunstgewerbebesitzer, technischer Schiffsoffiziere, Verein der Deutschen Kaufleute, Berufsbilderverband für das Buchbindergewerbe, Zentralverband der Handlungsgehilfen. Deshalb das nicht in der Adressliste verzeichnete Architektenhaus als Kongreßsaal gewählt ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

land eine Versammlung statt, in der ein instruktiver Vortrag über „Agitation und Organisation“ gehalten wurde, aus dem die Delegierten manches Wertvolle mit in die Heimat nahmen.

Die rote Woche im Raifeiszug-Verbot.

Die Polizeiverwaltung von Halle a. S. hat den zum Raifeis geplanten Umzug verboten. Die „Begründung“ beginnt originellerweise so: „Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu anderen politischen Parteien, wie sie namentlich auch aus Anlass der roten Woche eingetreten ist, läßt befürchten, daß die herausfordernde Eigenart eines Mahnmuges Gefahren für die öffentliche Sicherheit mit sich bringt.“ Was es mit den „Gefahren“ auf sich hat, mag aus der Tatsache erhellen, daß der Raifeisumzug in Halle noch vor zwei Jahren genehmigt worden ist und sich dabei niemals irgendwelche Unzuträglichkeiten ergeben haben. Daran und an der Haltlosigkeit der polizeilichen Befürchtungen ändert auch der aktuelle Hinweis auf die rote Woche nichts. Die „öffentliche Sicherheit“ scheint in Halle überhaupt ein recht empfindliches Ding zu sein — wenigstens nach Meinung der Polizei. Denn sie verlagte auch die Genehmigung zu einem vom Festkomitee geplanten Fackelzug der Kinder um den Volkspark herum „aus dem erstwähnten Grunde“, also aus Sorge um die öffentliche Sicherheit!

Totenliste der Partei.

Am Dienstagabend starb im Krankenhaus St. Georg in Leipzig der zweite Geschäftsführer der „Leipziger Volkszeitung“ Julius Lehmann im Alter von 49 Jahren. Er gehörte zu den in den vordersten Reihen der Leipziger Partei stehenden Genossen. Lehmann war vom Jahre 1896 an bis jetzt Stadtvordr. und Vorsitzender der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Er hat in kommunalpolitischer Beziehung in Leipzig eine außerordentlich umfangreiche Tätigkeit entfaltet. In der Leipziger Partei bekleidete Lehmann wiederholt mehrere der ersten Parteiamter. Im Jahre 1888 erhielt er wegen Wismarverleumdung eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. In dem Verstorbenen verlieren die Leipziger Parteigenossen einen fleißigen, kenntnisreichen und braven Parteigenossen.

Die Raifeiser in Belgien.

Man meldet uns aus Brüssel: Der erste Mai wird in Belgien wie alljährlich wieder durch Versammlungen, Umzüge und Feste gefeiert werden. In Brüssel sind vornehmlich Versammlungen, um 8 Uhr findet der Umzug statt. In Brüssel und in allen Vororten, wo die Kinder frei haben, sind spezielle Feste für die Kinder vorgesehen. Das kinematographische Bureau des Bildungsausschusses wird die Volkshäuser zu diesem Zweck mit bestimmten Filmen versorgen. — Die Gewerkschaftsfunktionäre werden diese Woche an die Unternehmer herantreten, damit sie den Tag freilassen.

In einem seiner letzten Zeitartikel wendet sich der „Peuple“ gegen ein allzu starkes Betonen der Petitionspropaganda am 1. Mai. Die vorletzte Raifeiser war vorzüglich der Wahlrechtsaktion gewidmet, der letzte stand ziemlich ausschließlich im Zeichen des Generalstreiks. Würde heute die Petitionspropaganda alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen, so würde die Raifeiser allmählich ihrem Ursprungszweck entfremdet. Aber in Belgien wie anderwärts tritt der Widerstand des Unternehmertums gegen die Arbeiterforderungen immer heftiger zutage und auf ganz Europa lastet mehr wie je der Militarismus mit seinen Folgeerscheinungen. Beide Erscheinungen machen es doppelt notwendig, daß die Arbeiterschaft am 1. Mai gegen den Mühsamwahnstimm und für den Achtundzestag manifestiere.

Die belgische Arbeiterpartei gab ein Album zum 1. Mai heraus, welches sich in der Hauptsache mit der Frauenfrage und der Kinderausbeutung beschäftigt. Das Album ist mit zahlreichen Illustrationen geschmückt. Für deutsche Genossen, die sich für das Album interessieren, beträgt der Preis 45 Cent. Das Album ist durch die Buchhandlung des „Le Peuple“, rue des Sablos 88/85, zu beziehen.

25jähriges Jubiläum der schwedischen Sozialdemokratie.

Unsere schwedische Bruderpartei konnte am 19. April ihr 25jähriges Jubiläum feiern. Aus der Feier ist allerdings nicht viel geworden, denn in den heftigen politischen Kämpfen, die zurzeit in Schweden toben, bleibt zum Feste feiern keine Zeit. Osnern 1899 tagte der Gründungskongress der schwedischen Sozialdemokratie. Ohne Mittel und — ohne Mitglieder begann die Partei ihre lampferfüllte Arbeit, um die Proletarier Schwedens für den Sozialismus zu gewinnen. Anfangs kamen noch die Kämpfe um Ziele und Wege hinzu, bis der nächste Parteitag in Norrköping die unerschütterliche Taktik grundsätzlich ablehnte. 1898 war man dann auf 6000 Mitglieder gegen 3000 bei der Gründung gekommen. Aber in der darauf folgenden zweiten Hälfte der neunziger Jahre ging es vorwärts und 1898 hatte man schon 89476 Mitglieder. Da die Gewerkschaften die eigentliche Organisation der Partei waren, ging auch die Partei im gleichen Maße vorwärts, wie die Arbeiter sich den gewerkschaftlichen Organisationen zuwandten. 1907 betrug die Mitgliederzahl 133 888. Die darauf einsetzende Krise brachte aber einen Rückgang, der besonders stark nach dem Generalstreik von 1909 wurde. Im Jahre 1910 war die Mitgliederzahl auf 55 248 zurückgegangen. Seitdem ist es wieder vorwärts gegangen und zurzeit zählt die Partei ungefähr 70 000 Mitglieder.

Die Organisation ist in den letzten zehn Jahren, insbesondere seit 1909 erheblich ausgebaut worden. Die Zahl der isolierten Arbeiterkommunen (Parteiorganisationen) betrug im genannten Jahre 296 und ist zurzeit auf über 600 gestiegen. Die jetzige politische Krise hat in besonderem Maße das politische Interesse der Arbeiter geweckt und den Fortschritt der Parteiorganisation begünstigt. Auch auf dem platten Lande haben sich die Parteiorganisationen in den letzten Jahren vorzüglich entwickelt.

In kommunalpolitischer Beziehung sind glänzende Fortschritte gemacht worden. 519 Vertreter der Partei sitzen in den Stadt- und Pflandverwaltungen und in den Landkommunen sind rund 3000 sozialdemokratische Gemeindevorsteher. In den Landstichtungen (Kreistagen) ist die Sozialdemokratie mit 182 Mandaten vertreten trotz des eingeschränkten Wahlrechts. Infolge des starken Eindringens der Partei in die Kommunalverwaltung ist es ja auch gelungen, 13 Mandate zur Ersten Kammer des Reichstages zu erringen und die am 25. März vorgenommenen Neuwahlen zu den Landstichtungen dürften wahrscheinlich unserer Partei das Anrecht auf noch einige Plätze in der Ersten Kammer gewähren haben.

Von den Begründern der Partei sind nicht allzu viele mehr am Leben oder in der Partei tätig. In erster Reihe stehen aber noch Palmal Branting und der Parteivorstandsführer Widman. Der alte Palm ist etwas zur Seite getreten in den letzten Jahren und andere, wie Stergh, Danielsson usw. bedeuten längst der läßlichen Masen. Aber ihr Werk hat sich gerade in diesen Tagen des Kampfes vorzüglich bewährt. Und das ist die Hauptsache.

Soziales.

Von der gefüllten Kompostschüssel der Landarbeiter.

Wie traurig es armen aufgeriebenen Landarbeitern geht, beweist folgender Fall:

In dem Orte Barsemupönen (Kreis Ragnit) wohnt der 49 Jahre alte Landarbeiter B. P. Der Mann ist vollständig erwerbsunfähig. Im Februar 1913 stellte er den Antrag auf Bewilligung der Invalidenrente. Anfang April 1913 wurde er zur Beobachtung auf acht Tage nach einem Königsberger Krankenhaus gebracht. Hier wurde ihm, da er an einer äußerst schweren Magenkrankheit leidet, der Magen ausgepumpt. Außerdem hat P. ein schweres Bruchleiden, das

er sich im Dienste der Agrarier zugezogen hat. Dann leidet er noch an Schwindelanfällen. Trotz dieser Gebrechen wurde sein Antrag auf Bewilligung einer Invalidenrente abgelehnt und auch das Scheidungsgericht in Gumbinnen wies ihn ab. Seit Herbst 1913 liegt er fest zu Bett; im November 1913 starb ihm ein Kind; um es unter die Erde zu bringen, mußte er sein Schweinchen verkaufen. Auch seine Frau ist aufgeardet. Sie hat stets bei den Bauern gearbeitet, und um jetzt etwas zu verdienen, reißt sie Federn. Für ein Pfund gibt es 40 Pf. Und um diese 40 Pf. zu verdienen, muß die Frau zwei Tage arbeiten. Die Leute sind vollständig mittellos und sie würden verhungern, wenn nicht mitleidige Nachbarn und Verwandte sie notdürftig unterstützen würden. Inzwischen hat der franke Mann abermals die Gewährung einer Invalidenrente beantragt, und er kann Monate, ja Jahre in seinem grenzenlosen Leid verharren, bis er einige Pfennige bekommt. Das ist die „gesicherte Existenz“ der Arbeiter bis ins hohe Alter“ im Paradies der Agrarier.

Die Hebammen auf Düngwagen.

Vor einiger Zeit erklärte Geheimrat Prof. Dr. Winter-Königsberg, in Döpreußen würde nahezu die Hälfte der Geburten nicht von ausgebildeten Hebammen, sondern von Pflückerinnen besorgt. Das sei ein Schandfleck für die Provinz. . . . Auch jetzt sind die Zustände nicht viel besser. Der Agrarier stellt vielfach den Arbeitern kein Fahrzeug zum Holen einer Hebamme zur Verfügung, und es müssen alte Frauen die Geburtsdienste leisten, wobei so mancher Arbeiterfrau im Wochenbett ihr Leben lassen muß. Aber auch, wo sich der Junke herbeiläßt, einen Wagen zur Verfügung zu stellen, sind die Zustände meist unhaltbar, was in einer Versammlung der Hebammen eines Kreises in Döpreußen zum Ausdruck gekommen ist. Die Hebammen haben hier Klage geführt, daß sie oft auf Wagen abgeholt würden, die sich in mangelhaftem Zustande befänden. Sogar auf Düngwagen seien die Hebammen zu den Wohnungen der Wöchnerinnen gebracht worden. Der Kreisarzt hat den Hebammen geschrieben, wenn sie sich in solchen Fällen weigern würden, dem an sie ergangenen Rufe Folge zu leisten, würde das mit den gesetzlichen Bestimmungen in Uebereinstimmung stehen. Der Landrat hat sich in einer Verfügung an die Guts- und Gemeindevorsteher dieser Anschauung angeschlossen, und erklärt, es leude ohne weiteres ein, daß ein Aufenthalt der Hebammen auf einem derart unsauberen Gefährt den Anforderungen widerspreche, die im Interesse der Reinlichkeit und Gesundheit gestellt werden müssen.

So sehen die Zustände in den Domänen der Junker, die von der agrarischen Presse in der Regel als ein Jungbrunnen für die ganze Bevölkerung gepriesen werden.

Liberaler Steuerpolitik.

In den Parlamenten treten die Liberalen für „gerechte Steuern“ ein. In den Kommunen aber, wo sie regieren, existieren oft die allerungerechtesten Steuern. So hat Insterburg, eine Stadt mit 40 000 Einwohnern und einem liberalen Regiment, eine Diensthofsteuer. In dieser Stadt, in der jahrelang städtische Beamte die tollsten Unterschleife begangen haben, werden die überaus niedrigen Löhne der armen Dienstmädchen besteuert. Zu dem Dienstmädchen, das nicht gutwillig zahlt, wird der Exekutor hingeschickt, und es wird entweder der Lohn beschlagnahmt oder es werden die Habfeligkeiten des Mädchens gepfändet. Und das alles im Namen einer „gerechten“ Steuerpolitik. Ganze 7000 M. bringt die Steuer, aber man hält fest an ihr, obwohl selbst Dienstherrschaffen sich gegen die Steuer gewandt haben, weil sie eine Diensthofsteuer hervorruft.

Zahnklinik einer Kasse.

Mit der Einrichtung einer eigenen Zahnklinik hat die Betriebskrankenkasse der Marinestation der Nordsee in Wilhelmshaven gute Erfolge aufzuweisen. Bei der genannten Kasse betragen die Ausgaben für zahnärztliche Behandlung der Kassenmitglieder und ihrer Angehörigen im Jahre 1912 über 62 000 M. Die Verhandlungen mit den Zahnärzten zwecks Verbilligung dieser Kosten zerbrachen sich und führten zur Einrichtung der eigenen Zahnklinik, deren Kosten 35 000 M., die Unterhaltungskosten bei der Beschäftigung von einem Leiter, zwei approbierten Assistenzärzten, zwei Zahntechnikern, drei Schwestern und einem Buchhalter innerhalb fünf Monaten etwa 24 000 M. betragen. Durch diese Einrichtung werden, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, die Kosten für die zahnärztliche Behandlung sich um etwa ein Drittel der bisherigen Kosten verringern.

Aus Industrie und Handel.

Ein Zündholz-Monopol?

Die Generalversammlung des Vereins deutscher Zündholzfabrikanten hat den Beschluß gefaßt, bei der Regierung und dem Reichstag die Einführung eines Zündholzmonopols zu beantragen. Begründet wurde der Antrag damit, daß infolge des ständig wachsenden Verbrauchs der steuerfreien Zündholz-Ersatzmittel (Reiniger usw.) der Abgang von Zündhölzern immer mehr zurückgehe. Eine erneute Herabsetzung des Zündholzfontingents sei daher zu erwarten. Unter diesen Umständen verzichte die Zündholzindustrie auf ihre Selbständigkeit und fordere den Staat auf, die Fabriken in eigenen Betrieb zu übernehmen.

Durch die mit der Finanzreform beschlossene Zündholzsteuer ist die Lage der Zündholzindustrie in der Tat verschlechtert worden. Das kann aber nicht ohne weiteres die Veranlassung dafür abgeben, daß der Staat nun die Fabriken — natürlich zu hohen Preisen — übernimmt. Ob gerade die Verstaatlichung der Zündholzindustrie im gegenwärtigen Augenblick wünschenswert ist, bedarf noch der näheren Prüfung. Dagegen kann und muß erneut die Forderung erhoben werden, die Zündholzsteuer, zugleich im Interesse der Konsumenten, aufzuheben, zumal das Steuererträgnis nur eine lächerlich geringe Summe ausmacht.

Neue Fusion in der Schwerindustrie.

Die gestrige Generalversammlung der Concordia, Bergbau A.-G., genehmigte den Abschluß einer Interessengemeinschaft mit der Rombacher Hüttenwerke A.-G. auf die Dauer von 30 Jahren, monach der Betrieb der Concordia-Gesellschaft für die Dauer des Vertrages auf die Rombacher Hütte übertragen wird. Die Rombacher Hütte ist weiter berechtigt, das gesamte Bergwerk von Concordia jederzeit zum Preise von 41 Millionen Mark zu erwerben.

Durch diese Fusion entsteht ein neues großes gemeinsames Werk im lothringischen Industriegebiet. Die Rombacher Gesellschaft (Kapital 50 Millionen Mark) ist ein Hüttenwerk, das Eisenerze fördert und Roheisen, Stahl, sowie Halb- und Fertigfabrikate herstellt. Auch besitzt sie ein Kalkwerk in Aes und ist außerdem an einem Portlandzementwerk beteiligt. Ueber eigene Kohlenzwecke verfügt die Gesellschaft indessen nicht; sie unterhält nur eine Kohlenanlage zu Bezugszwecken in Belgien.

Durch die Verschmelzung mit der Concordia (Kapital 10 1/2 Millionen Mark) gelangen die Rombacher Hüttenwerke nun auch in den Besitz eigener Kohlenruben. Die Förderung der Concordia

beträgt etwa 1 1/2 Millionen Tonnen Kohlen. Die Kohlenproduktion stellte sich im Jahre 1913 auf 471 400 Tonnen. Da die Concordia Mitglied des Rheinisch-Westfälischen Kohlenpaktats ist, wird der Einfluß der Hüttenwerke im Syndikat durch den Eintritt der Rombacher Hüttenwerke weiter erhöht. Die Rombacher Werke machen sich zugleich in ihrem Kohlenbezug vom Syndikat unabhängig und schwächen auch dadurch die reinen Zechen, die einen der größten Kohlenabnehmer verlieren. Für die Rombacher Gesellschaft bedeutet die Verschmelzung eine Verbilligung ihrer Produktionskosten, die ihre Leistungsfähigkeit gegenüber den reinen Eisenwerken erhöht. Die Fusion ist ein neuer Beweis für die Stärke der Tendenzen zur Betriebs- und Kapitalkonzentration.

Dividenden von Pulverfabriken. Die Nobel Dynamite Trust Company zahlt für 1913/14 eine Jahresdividende von 8 Proz. und einen Bonus von 2 Proz. wie im Vorjahre. Dem Reservefonds werden 100 000 Pfund Sterling überwiesen und rund 8000 Pfund Sterling auf neue Rechnung vorgetragen. — Die Nobel-Dynamit-Gesellschaft gehört dem internationalen Kartell zwischen Pulverfabriken und Dynamitfabriken an. Die endgültige Feststellung der Bilanzen und Gewinne aller am Kartell beteiligten Einzelgesellschaften erfolgt durch einen Kartellausschuß (Delegationstra).

Gerichtszeitung.

Der geisteskranke Schrankenwärter.

Der eigenartige Fall, daß ein Beamter, der infolge schwerer, bei Eisenbahnunfällen erlittener Kopfverletzungen schwerer nervenleidend geworden ist, von der Behörde auf den verantwortungsvollen Posten eines Schrankenwärters gesetzt wird, kam in einer Verhandlung zur Erörterung, die gestern die Berufungsstrammer des Landgerichts III befaßte.

Das Schöffengericht Alt-Landsberg hatte den Schrankenwärter Karl Wiesener wegen Diebstahls zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte einen von dem Rittergut Plumburg stammenden Sad Kartoffeln sich angeeignet, den ein Kutscher in der Nähe seines Wohnwärtershäuschen vom Wagen verloren hatte. In der Berufungssitzung ließ der Angeklagte durch seinen Verteidiger den Einwand erheben, daß er sich zur Zeit der Tat in einem Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit befunden habe. Auf Antrag des Verteidigers wurde der erste Termin vertagt und der Geh. Referendar Prof. Strahmann mit der Beobachtung des Geisteszustandes beauftragt. Die hierdurch notwendig gewordenen Erhebungen führten zu folgendem Resultat: Der Angeklagte hatte vor längerer Zeit bei einem Eisenbahnunfall zusammen mit einer mit tiefer Bewußtlosigkeit verbundene schwere Gehirnerschütterung erlitten, die zur Folge hatte, daß er seitdem an Angstzuständen litt und auch sonst ein sonderbares Wesen zur Schau trug. Einige Zeit darauf erlitt er einen schweren Herzschlag und Kopfverletzungen, als er bei einem drohenden Zugzusammenstoß aus dem in voller Fahrt befindlichen Zug sprang. — Die Beobachtung führte den Sachverständigen zu dem Gutachten, daß hier ein Grenzfall vorliege und eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür spreche, daß der Angeklagte in einem Dämmerzustande Handlungen begehe, für die er nicht verantwortlich zu machen sei. Von Rechtsanwält Dr. Fuppe wurde betont, daß es eigentlich ungeheuerlich sei, daß ein Mann, der an der Grenze der Ingeruchungsfähigkeit stehe infolge im Dienst erlittener Unfälle, auf den so außerordentlich verantwortungsvollen Posten eines Schrankenwärters, der an einer sehr verkehrsreichen Strecke 16 Stunden Dienst hintereinander tun müsse, gesetzt werde. Es sei also lediglich einem Zufall zu danken, daß nicht längst an jener Stelle eine Katastrophe eingetreten sei. — Das Gericht kam auf Grund des Gutachtens des Sachverständigen zu einer Freisprechung des Angeklagten gemäß § 51 Str.G.B.

Kuß Kroetz's Reich.

Wenn im Reichstage die Sozialdemokratie auf die jammervolle Bezahlung der unteren Postbeamten hinweist, da setzt sich in der Regel der Staatssekretär des Reichspostamts oder sein Vertreter auf hohe Pferd und rühmt das „warme Herz“ der Verwaltung für ihre Beamten. Wie es in Wirklichkeit aber damit ausfällt, zeigt am Dienstag wieder einmal eine Verhandlung vor der Strafkammer in Erfurt. Angeklagt war der Hilfsbriefträger Gustav Joffa aus Gehrten (Schwarzburg-Sonderhausen) wegen Unterschlagung. Er hatte im ganzen etwa 30 M., die ihm zur Einzahlung übergeben worden waren, für sich behalten. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Postfiskus dem Beamten sage und schreibe 250 M. pro Tag zähle, und mit diesem „Lohne“ sollte der Mann seine aus Frau und fünf Kindern bestehende Familie „ernähren“. Der arme Teufel wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Diese mehr als färgliche Beamtenbesoldung paßt auch trefflich zu den staatlichen Bestrebungen, den Geburtenrückgang und die Kindersterblichkeit zu bekämpfen.

Versammlungen.

Verband der Freiseurgeheffen. Die Vertrauensleute für Berlin und Bezirke beschloßen in einer vollzählig besuchten Versammlung, den 1. Mai durch Arbeiterruhe zu feiern. Sollte es dem einen oder anderen nicht möglich sein, diesen Beschluß durchzuführen, so ist dafür ein Extrabeitrag von 1 M. zu zahlen. — Die Beratung der Tarifvorlage und die Verhandlungen mit den bisherigen Kontrahenten sind soweit gebiegen, daß die noch vorhandenen Unstimmigkeiten beigelegt sind, so daß nunmehr auch allen Arbeitgebern die Forderungen unterbreitet werden können. Die bisherige braune Kontrollkarte ist dadurch gegenstandslos geworden und soll überall eingezogen werden. Für die neuen Tarifkontrahenten wird eine andere Karte in Form und Inhalt herausgegeben. Das Nähere hierüber wird noch bekanntgemacht. — Rütigeteilt wurde ferner noch, daß sich unter den Arbeitgebern das Verlangen bemerkbar machte, die Geschäftse an den drei zweiten Feiertagen geschlossen zu halten. Zu diesem Zwecke sollen Unterschriften gesammelt werden, um nach § 41b G.O. einen geschäftlichen Schluß beantragen zu können. Beschloßen wurde, die Bewegung finanziell und hilfsbereit zu fördern. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Sitzung ihr Ende.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom vier Terzden — nachmittags —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 10 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Westzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Adressenangabe beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütliche Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

J. G. 18. Zu der Redaktionsumme wird die Dividende zugeschlagen, jedoch etwas mehr als der verzeichnete Betrag ausgewahlt wird. **H. C. Nr. 9.** Der Hauswirt. Steuer 25. Einen Rechtsanwält haben Sie nicht. Erwähnen Sie bei der Reklamation die ablehrende Haltung der Irma und stellen Sie andrum, daß von der Steuerbehörde die Auskunft eingeholt wird. **N. C. 37.** Die Ihnen gegenwärtig ausstehende Lohn. Stellen Sie auf Ihrem Antrag bestehen. **H. G. 92.** Ja. **N. A. 1.** Ihre Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. **J. G. 35.** Bezüglich der Frage des Leichtenverkehrs wenden Sie sich an das Volkshaus. Der Leichtenverkehr wäre rechtsgültig und ein Mitspracherecht der anderen Geschworen an dem überlegten Verträge würde nicht bestehen, sofern nicht nach den Umständen des Falles ein Scheidungsvertrag angenommen werden kann. **H. C. 617.** Falls Ihre Behauptung beweisbar ist, ja. **H. C. 376.** Dafür sind die dortigen Gesetze maßgebend.

Arbeiter, Parteigenossen! Rüstet zur Maifeier!

Die Bürgermeisteraffäre in Köslin.

Die Kösliner Bürgermeisteraffäre wird immer interessanter. Der Verhaftete ist gestern erneut vernommen worden. Auf bestimmte Einzelheiten geht der Verhaftete auch jetzt noch nicht ein. Seine Äußerungen sind immer noch mehr allgemeiner Natur. Ueber seine persönlichen Anlagen und Fähigkeiten bemerkt er selbst, daß er in einer Hinsicht an einer gewissen Schwäche leide. Sein Personengedächtnis lasse ihn häufig im Stich. Selbst Leute, mit denen er sonst täglich Umgang habe, wie zum Beispiel sogar der Herr Bürgermeister Dr. Busch, erkenne er gar nicht oder kaum wieder, wenn sie ihm einmal vierzehn Tage lang nicht vor Augen gekommen seien. Sonst führe er keine Mängel an sich und bewältige leicht jede Aufgabe. Selbst Fachjuristen habe er sich in der Unterhaltung durchaus gewöhnen gefühlt. Er sei in dieser Beziehung niemals in Verlegenheit geraten, habe vielmehr eher noch anderen mit seinem Wissen ausbilden können. Das Fachstudium anderer habe er erst durch eifrige Lektüre und namentlich durch andauernde und eifrigere Beschäftigung mit den Entscheidungen des Reichsgerichts. So sei er namentlich mit den letzten und höchsten Entscheidungen vieler Fragen immer vertraut gewesen. Beschäftigung und Stellung zu bekommen, sei ihm gar nicht schwer geworden. Bei Ausschreibungen würden ja von den Bewerbern in der Regel auch ausdrückliche nur Abschriften von Zeugnissen verlangt, und beglaubigte Abschriften zu bekommen, sei ganz leicht. In einem Falle habe er sogar genügt, daß er seine Visitenkarte abgab. Seine gesellschaftliche Stellung gewann sich Thormann durch ein sehr einnehmendes Wesen. Er war ein angenehmer Plauderer und wußte recht viel auch von seiner Vergangenheit zu erzählen, die er allerdings sehr stark „farrigerte“. In allen Gesellschaften und am Stammtisch war er ein gern gesehener Gast. Auch an Jagdpartien fehlte es ihm nicht, und viele nahm er auch an. Amtlich war der falsche Assessor und Bürgermeister durchaus tüchtig, dabei auch freundlich und bescheiden und stets hilfsbereit. Diese Eigenschaften gewannen ihm seinerzeit auch bald die Zuneigung und das Vertrauen seiner Vorgesetzten auf dem Landratsamt. Schon dort stand er immer zur Verfügung. Er machte alles, was zu machen war und was man von ihm verlangte. So wurde er denn auch schon mit 21 Jahren Assistent.

Went der Verhaftete auch im Laufe der weiteren Vernehmung geistreicher wurde, so ist doch kein Wort über die Fälschungen der Papiere, auf Grund deren er sich um die Stellen beworben hat, aus ihm herauszubekommen. Seine Weigerung, den Eltern seiner früheren Braut die 2000 M. zurückzugeben, erkennt er jetzt selbst als die Dummheit, die alle seine Pläne zunichte machte. Die angestrebte Klage und die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, zu denen sie den Anlaß gab, hatten Thormann auch schon, wie er zugibt, mit der Beförderung erfüllt, daß er doch entlarvt werden könnte. Diese Lage der Dinge hatte ihn auch schon ganz nervös gemacht. Er trug sich deshalb seit einiger Zeit mit dem Gedanken, sich allen Weiterungen durch die Flucht zu entziehen. Die Vermutung, daß er zu diesem Zwecke auch sein Bankguthaben in Köslin abgehoben habe, trifft zu. Thormann hatte das Geld anderweitig sichergestellt, um es jeden Augenblick zur Verfügung zu haben. Aber diese tausend Mark reichten noch nicht aus, und er wartete deshalb noch, um mehr in die Hand zu bekommen. Dazu hatte er auch einige Aussicht. Die Mithit war noch nicht ausgezahlt worden, weil der Vater der „Frau Alexander“ zunächst gegen die Verbindung gewesen war.

Thormann wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden, zunächst auf Grund eines Haftbefehls zur Verbüßung der im Jahre 1909 über ihn verhängten Gefängnisstrafe. Thormann wurde damals zu 4000 M. Geldstrafe verurteilt. Für den Fall, daß diese nicht beigetrieben werden könnten, trat an Stelle der Geldstrafe für je 10 M. ein Tag Gefängnis. Dem Verurteilten wurde erlaubt, die Geldstrafe in Teilen zu entrichten. Er zahlte aber nur 50 M. und verhielt sich dann. Nach der Erledigung des Haftbefehls wird Thormann dem für die neuen Straftaten zuständigen Richter in Köslin vorgeführt werden.

Für die Zukunft läßt Thormann trotz seiner Entladung auch jetzt noch keine Furcht nicht schwinden. Er ist schon zufrieden, daß man ihn nicht in Grund und Boden verdammt, und meint, daß es ihm bei seinen Fähigkeiten schon gelingen werde, nach Verbüßung der Strafe auf auskömmlichem Wege wieder hochzukommen. Die Beamtenlaufbahn sei ihm ja nun allerdings wohl für immer verfallen, aber auch die kaufmännische Laufbahn biete ja Raum genug. Wenn er in Deutschland keinen festen Fuß mehr fassen könne, so werde es ihm sicher doch im Auslande gelingen. Untergehen werde er auf keinen Fall. Seine einzige Sorge sei nicht seine Person, sondern seine Frau, deren Gehalt ihm sehr wehe tue. Er hoffe aber, daß sie sich trotz seines schweren Schicksals nicht von ihm abwenden werde. Denn die Verbindung sei durchaus eine Liebesheirat gewesen. Nach dem Gesetz ist aber die unter falschem Namen geschlossene Heirat hindernislos.

Wie die Kösliner Staatsanwaltschaft mitteilt, findet die Verhandlung gegen den früheren zweiten Bürgermeister von Köslin in ungefähr sechs Wochen vor der Strafkammer des Landgerichts in Köslin statt. Gegen Thormann ist nunmehr auch ein Haftbefehl wegen Verdachts der Nichtverbüßung einer Haftstrafe, intellektuellen Unfähigkeit und Annahme eines öffentlichen Amtes erlassen worden. Der erste Haftbefehl war wegen Verdachts der Verpressung ausgestellt worden. Die Frau Thormanns weilt bereits seit acht Tagen im Elternhaus in Bromberg.

An die arbeitende Jugend!

Zwei große unpolitische Jugendversammlungen finden morgen, Freitag, abends 8 Uhr statt, und zwar in folgenden Lokalen:

1. Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal). Tagesordnung: Wo findet die Jugend ihre wahren Freunde? Referent: Reichstagsabgeordneter G i e b e l.
 2. „Prater“, Kastanienallee 7-9 (großer Saal). Tagesordnung: Jugend, wach auf! Referent: Landtagsabgeordneter S t r ö b e l.
- Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Es muß Ehrenpflicht sein, diese Versammlungen zu besuchen! Freunde und Bekannte sind mitzubringen!

Parteiangelegenheiten.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine
Berlin und Umgegend.

Eine Volksversammlung findet am Dienstag, den 28. April 1914, abends 8 1/2 Uhr, in Dbiglos Festsälen, Koppenstraße 29, statt.

Tagesordnung:

Aus russischen Kerker!
Ein Hilferuf!

Die Leiden der politischen Gefangenen Rußlands.

Vortrag des Schriftstellers Ulrich Raufcher (mit erläuternden Lichtbildern).

Zu der Versammlung werden Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. verausgibt, die in nachfolgenden Ausgabestellen zu haben sind: Zigarrengeschäft Schröder, Hagelbergerstr. 54/55. Zigarrengeschäft Dorich, Engelauer 15. Zigarrengeschäft Baumann, Kunststr. 30. Bureau des 4. Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11 (von 9-1 und 5-7 Uhr). „Vorwärts“-Expedition, Petersburger Platz 4. Zigarrengeschäft Schneider, Hufelandstraße 30. Restauration Dieselers, Brunnenstr. 150, im Hof. Bureau des 6. Wahlkreises, Gerichtstr. 71 (von 9-1 und 5-7 Uhr). Restauration von Paerich, Döberinger Str. 10. Der Ueberführer wird dem Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen Rußlands zugewendet.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Zweiter Wahlkreis. Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in Rapp's Festsälen, Döberingerstr. 18, für die 1., 2. und 3. Abteilung in Rades Festsälen, Fichtestr. 29, für die 7. und 8. Abteilung Mitgliederversammlungen. Vortrag der Genossen Eichhorn und Wermuth über: „Worum sind wir Sozialdemokraten?“ Um zahlreiches Erscheinen, namentlich der neu aufgenommenen Mitglieder ersucht.
Der Vorstand.

Zweiter Kreis, Jugendabteilung. Sonntag, den 26. April, Wanderung nach dem Friesetal, Forsthaus Jühdorf-Grabowsee-Oranienburg. Treffpunkt: 1/8 Uhr vor dem Siedtiner Vorortbahnhof. Abfahrt dorthin 7.30 nach Birkenwerder. Fahrpreis insgesamt 90 Pf. Gäste willkommen.

Vierter Wahlkreis. Am Freitag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147, eine Versammlung der 2. Abteilung statt. 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Davidsohn. 2. Diskussion.

Köslin. Den Teilnehmern des Kuriums „Redebungen“ zur Kenntnisnahme, daß die in Aussicht genommenen beiden Stunden wegen Behinderung des Genossen H. Schulz nicht mehr stattfinden können. Der Kuriums hat somit sein Ende erreicht.

Hohenschönhausen. Am Freitag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung im Lokal Frey Renker, Berliner Str. 93. Sehr wichtige Tagesordnung. Der 3. Bezirk hält vorher um 7 1/2 Uhr im selben Lokal einen Extra-Zusatzabend ab.

Bezirk Waldmannslust. Sonnabend, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, in Waldmannslust, „Dobertsdorf“, Inhaber R. Böhm, Fähr-Waldstr. 13/15, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Geschäfts-, Kassen- und Funktionärsberichte; Wahlen sämtlicher Funktionäre; Bewilligungsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Berliner Nachrichten.

Fischreier am Wannsee.

Erwartungsvoll und etwas erstaunt blicke ich durch den bläulichen kühlen Morgendunst nach Schwanenwerder hinüber. In dieser stillen Morgenstunde, wo der Tag mit erstem Atemzuge sein purpurnes Vorkind im Osten jenseits der düsterblauen Havelberge langsam aufsteigt, ein solcher Spektakel in den sonst fast lautlosen Lüften? Ein Konglomerat von schimmernden Röhrenfittichen wirbelt hoch über dem sanft glänzenden, verhäult blinkenden Wasser der Havel heran und ein Getreische, Geträusche und Gejuble von bald schrill, bald hohl gellenden Röhrenstimmen zerrt durch die nebelblaue Morgenruhe heran, daß man unwillkürlich sein Auge von dem Hügel, hinter dem die Sonne rotwangig kommt, wendet und im Tau der Butterblumen und golden blühenden Weidenkätzchen stehen bleibt.

Zwei bedeutend größere Vögel sehe ich im Mittelpunkt der durcheinander kreisenden Röhrenflügel mit klatterndem Schlag breiterer Fittiche heranfliegen. Ein Storchpaar scheint über den Wannsee hin langvolles Geleit zu bekommen. Lang hängen die Beine unten nach, wie bei Aedon, der auf der Rückreise von der Wintertournee aus dem Süden sein muß. Plötzlich aber sehe ich den einen, wie hinausgeschleudert, in die feuchtklare Morgenluft hoch hinaufschweben, wie weißes Fliegen glänzt es von den längsten Flügelfedern — und nun stößt er aus der Höhe stürmisch, wie eine herabgeschleuderte Lanze, auf sein „langvolles Geleit“ nieder. Der weit nach unten vorgestohene, gar nicht kleine Langschnabel hackt irgendwo giftig zu. Eine Röhre stürzt hilflos, sich überschlagend, sich nochmals überschlagend in die Havel hinab und scheint sich dort mühsam davonzurudern. Oder treibt sie nur der Wind?

Aus der Ferne des Wannsees hallt mir noch vernehmend das Stimmengewirr der im Nebel untertauchenden davorliegenden übrigen Röhren. Die beiden großen Flieger kreisen einmal über der unten im Wasser Treibenden und scheinen irgendwas zu überlegen. Jetzt sehe ich schon an dem grauen Gefieder und auch an der sonst ganz charakteristisch andersartigen Färbung, daß es keine Störche sind. Einer schließt zu der Röhre nieder, die jählings um einige Meter über das Wasser hin zur Seite flattert, dann aber wieder einfließt. Der zweite Reiter, als solchen erkenne ich ihn jetzt an dem strohgelben Schnabel, den bräunlich-schwarzen Fittichen, den großen schwarzen Schwingen und den nicht zu verkennenden drei langen Schwanzfedern, die grau durchdringt erscheinen, fliegt heran. Auf einer Spannbreite von fast zwei Metern sehe ich den näher und zum Ufer Niederfliegenden jetzt klar aus dem überm Wasser schwebenden Morgendunst hervortreten. Zweimal umkreist er eine Röhre, bedrängt sie genau — und setzt sich dann mit hochaufgepreizten Flügeln und lang vorgestreckten Fängen auf einen absteigenden Ast übers Wasser.

Nach rechts geht der strohgelbe Schnabel — dann ein leises vertraulich klingendes „Cha“ — „Cha“ und ein helleres „Graä“ zu dem unten ins seichte Uferwasser niederplätschernden Genossen.

Seltene Gäste sind es — graue Fischreier, wie ich sie sonst nur an der Donau, in den weitverzweigten Sümpfen des Deltas, an der Jagst in Württemberg, in der Nähe des Schlosses Morstein, wo der Freiherr v. Crailsheim noch die einzige große Kolonie der Nibelverfolgten schließt — und auch an den himmelblauen Vitterseen sah, die sich von Port Said nach Suez hinabziehen. Seltene Gäste — sie gedenken hoffentlich nur ein Dejeuner, einen Imbiß für die Weiterreise einzunehmen — denn sonst werden sich bald die Plutenrohre der Bannweisser auf sie richten.

Das Männchen folgt schon in ganz gemächlichem, ungläublich vorsichtigem Schreiten durch das Wasser hin, hat den Kopf eingezogen und beugt aus der goldgelb schimmernden Iris scharf das Wasser. Da fährt auch schon wie ein vom Bogen loszudender Pfeil der Hals mit dem Kopf ins Wasser, taucht mit einer silbrig schimmernden Brasse daraus hervor, wirft den quer gepackten Fisch, der vergeblich zappelt, in die Richtung des Schnabels, und hinunter tanzt der Fisch zu seiner letzten Schwimmtour. Langsam, behutsam gleitet der dünne Fuß weiter durch das Wasser, die strahlenden Augen blitzen auf, wieder fährt der Hals nieder und kaum kommt der Kopf hoch, da sieht man schon den Fisch durch den sich ausbläuhenden Hals niedergleiten. So treiben sie es eine Weile — das Weibchen auf der Kiefer hat auch Appetit bekommen — und selbst gelassen und nicht minder bedächtig als der langschnabelige Gespons nach der anderen Richtung hin auf Cladow zu.

Aber da knallt ein Schuß vom anderen Ufer her. Ich höre nur noch ein Rauschen, sehe nur noch ein paar glühende Tropfen aus der Luft fallen — höre etwas wie einen häßlichen Röhrenschrei durch den auf dem Wasser gerinnenden Nebel — und wie ein Morgentraum ist das seltene Bild der grauen, so vornehm ausschauenden Reiter über die Kiefern fortgetaucht. Viel verfolgte! Sie wissen, was der Klang der Büchse spricht.

Die Baumblüte in Werder.

Werder steht jetzt in voller Blüte. Von den Höhen gewinnt man einen hübschen Rundblick und Ausblick auf die Blütenlandschaft. Wie in Weiß getaucht liegt die Gegend vor und unter uns; nur verhältnißlos sieht man hier und dort das prächtige Rot der Pfirsichblüte. Die Schönheit und die Poesie der Natur überwältigt das Auge des Beschauers. Seit zehn Jahren ist die Blüte in Werder nicht so voll und so schön gewesen, wie in diesem Jahre, und wenn keine schweren Fröste kommen, gibt's reichlichen Ertrag. Viele Röhre verwenden die Werderschen Obstzüchter, dem trockenen Sandboden Früchte abzutrotzen. Für Lauende, Zehntausende wirkt die Anfründigung: „Werder in Blüte“ wie ein Zauberwort, das sie immer wieder nach dem freundlichen Havelstädtchen hinauszieht. Es gibt allerdings viele darunter, die von der Blüte nicht viel sehen, wenn sie so tief in das mit Erdbeer-, Johannisbeer- oder Stachelbeerwein gefüllte Glas hineingesehen haben. Da gibt es benebelte Köpfe und manche „Reichen“ im Bahnwagen bei der Rückfahrt.

Aus der städtischen Partverwaltung.

Die Park- und Gartendeputation, die gestern eine Sitzung abhielt, beschloß die Pachtung eines Geländes von der Kanaldeputation in Blankenfelde behufs Anlage einer Volle-Anlage (Spielwiese). Den Klub für Fußballspiel wurden außer der Anlage im Plänterwald noch einige Plätze im Treptower Park zugewiesen. Ferner stimmte die Deputation dem Bau eines größeren Spielhauses im Humboldt-hain zu. Gleichzeitig sprach sich die Deputation im Prinzip für die Errichtung von weiteren Spielplätzen in den öffentlichen Parks aus; es soll zu diesem Zweck die Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung nachgesucht werden; ebenso für die geplanten Veränderungen auf dem Stephanplatz. Der Vorlage der Errichtung einer größeren Bedürfnisanstalt im Treptower Park wird zugestimmt. Für den Anschluß an die Kanalisation erfordert die Anstalt 20000 M. Kosten. Sie kommt in die Nähe der großen Spielwiese und der alten Köpender Landstraße zu liegen, womit endlich einem dringenden Bedürfnis abgeholfen wird.

Zeiter-Stiftung.

Aus der unter der Stiftungdeputation stehenden Johann Jakob-Zeiter-Stiftung sollen einmalige Unterstiftungen im Betrage von wenigstens 30 Mark an solche Weber und Stuhlarbeiter (d. h. Weber, Wirker, Raschmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirker) Meister und Gesellen vergeben werden, welche der öffentlichen Armenpflege noch nicht anheimgefallen sind, sich aber in Gebverlegenheit, namentlich wegen Zahlung der Wohnungsmiete befinden. Bewerber müssen sich seit mindestens zwei Jahren in Berlin niedergelassen haben; hauptsächlich finden diejenigen Berücksichtigung, welche mehr als vier Kinder unter 14 Jahren haben. Gesuche mit Angaben über die Dauer des Aufenthaltes in Berlin und über die Zahl der am Leben befindlichen Kinder unter 14 Jahren sind innerhalb 14 Tagen an die städtische Stiftungsdeputation, Poststr. 16 I, zu richten.

Arbeitsloseneid.

Auf der Suche nach Arbeit war ein Arbeiter, der am Mittwoch um 1/3 Uhr nachmittags am Bahnhof Stralau-Rummelsburg zusammenbrach. Passanten, die ihn fürzen sahen und ihm zu Hilfe eilten, erkannten bald, daß er von Krämpfen befallen war. Als er wieder zu sich kam, gab er auf Befragen an, daß er ein 30-jähriger Töpfer sei und Familie habe. Von Reinickendorf, wo er wohnt, war er bis in die Nähe des Bahnhofes Stralau-Rummelsburg gelaufen, um hier bei einem Arbeitgeber wegen Arbeit anzusprechen. Er sagte, daß er, der schon lange arbeitslos sei, wieder keine Arbeit habe erhalten können. Aus der Erregung hierüber erklärte er es sich, daß sein Weiden, das bisher nur selten in dieser Schwere bei ihm aufgetreten sei, ihn zu Boden geworfen habe. Als er sich zum Gehen wandte, fragte man ihn, ob er nicht lieber heimfahren wolle. „Jawohl, heim will ich“, sagte er, „aber ich will laufen, zum Hören habe ich nichts“. Die hilfsreichen Passanten, selber Arbeiter, warfen ihre paar Groschen zusammen und händigten sie dem Kameraden ein. Einer, der selber lange genug arbeitslos ist, beteiligte sich gleichfalls mit einem Nickel an der Sammlung. Er wußte aus eigener Erfahrung, was Arbeitsloseneid bedeutet.

Einem Raubmordversuch wollte nach ihren eigenen Angaben die aus Berlin stammende Arbeiterin Wanda Alwin am Dienstagabend bei einem Ausfluge nach der Pflaumeninsel im Walde bei Rikofstoe zum Opfer gefallen sein. Mehrere Passanten hatten das Mädchen am Ufer der Havel bestimmungslos aufgefunden und seine Überführung nach dem Krankenhaus in Romanow veranlaßt. Der Kriminalpolizei ist es jetzt aber gelungen festzustellen, daß das Verbrechen von der W. erfunden worden ist. Bei ihrem Verhör hatte sie ihren Neutrag der schweren Tat beschuldigt. Die Kriminalpolizei hatte jedoch schon einwandfrei festgestellt, daß der Bräutigam der W. diese nicht auf ihrem Ausfluge begleitet hatte. Als der W. nun gestern gleich entzogengehalten werden konnte, daß ihre schwere Beschuldigung unwahr sei, gehend sie ein, daß an ihren Erzählungen kein wahres Wort sei. Ueber die Veranlassung zu diesem seltsamen Verbrechen gab Wanda Alwin keine Erklärung. Es scheint jedoch, daß das Mädchen, das schon einmal einen Selbstmordversuch unternommen hat, sich dadurch die Liebe ihres Bräutigams, der sich von ihr abgewandt hatte, wiedererlangen wollte. Dies ist besonders daraus zu schließen, weil sie, als man sie auffand und um Adressen von Angehörigen bat, damit man diese von dem Heberfall benachrichtige, nur die Adresse ihres früheren Bräutigams angab.

Einen schweren Verlust erlitt am vergangenen Montag eine Ausländerin, die sich vorübergehend in Berlin aufhält. Auf einem Gang durch die Leipziger Straße bis zum Potsdamer Platz oder im Bureau der Hamburg-Amerika-Linie unter den Linden kam ihr ein Briefumschlag abhanden, der neun Hundertmark Scheine und zwei Heberfahrkarten von Hamburg nach Rio de Janeiro enthielt. Ob ihr der Umschlag gestohlen worden ist, oder ob sie ihn verloren hat, steht nicht fest. Die Schiffsfaktoren tragen die Nummern 110 und 11. Die Dame zahlt für ihre Heberfahrkarte 100 M. und für die Wiederbeschaffung des Geldes 200 M. Belohnung.

In der Versammlung in der „Neuen Welt“ ist ein Spazierstock und ein schwarzer Handschuh gefunden worden. Die Gegenstände sind im Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 3, abzuholen.

Keine Nachrichten. Erdrosselt hat sich in geistiger Umnachtung die 48 Jahre alte Ehefrau Elise des Schuhmachers Lorenz aus der Kolonnenstraße. — Aus der Spree gelandet wurde gestern nachmittag um 4 Uhr am Spargelgraben die Leiche eines Mannes, die nach ihrem Zustande schon lange im Wasser gelegen haben muß. In den Kleidertaschen des Toten, der ungefähr 40—45 Jahre alt gewesen sein mag, fand man Schriftstücke auf den Namen eines Anton Wühlmann aus Köln, u. a. Satzungen und Mitgliedskarte des Vereins ehemaliger Mannen aus Köln, die ebenfalls auf diesen Namen lauten. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Dorortnachrichten.

Steglitz.

Zimmer langsam voran! Nach diesem Wahlspruch scheint unsere Gemeindeverwaltung zu arbeiten, wenn es sich um Wahlangelegenheiten handelt. Am 2. und 3. März d. J. fanden bekanntlich die Gemeindevahlen der 3. Klasse statt, die mit der Wahl von zwei Sozialdemokraten im ersten und eines Demokraten im zweiten Wahlbezirk endeten. Am 3. April erklärte die bürgerliche Mehrheit der Gemeindevertretung die Wahl der beiden Sozialdemokraten für ungültig. Am 8. April scheint irgend ein Gemeindebeamter zu der Ansicht gekommen zu sein, daß man den beiden abgelegten Sozialisten von dem Beschluß der Gemeindevertretung offiziell Nachricht geben müsse. Dieser Gedanke wurde noch am selben Tage mit Hilfe einer Schreibmaschine in die Tat umgesetzt. Dann wurde das amtliche Schriftstück den beiden Gemeindeverordneten a. D. zugestellt, welche Tätigkeit nur genau acht Tage in Anspruch nahm, denn schon am 16. April hatten die Adressaten folgendes Schreiben in Händen:

Gemeindevorsteher.

Berlin-Steglitz, 8. April 1914.

Ihre am 2. und 3. v. M. stattgehabte Wahl zum Gemeindevorordneten im 1. Bezirk der III. Klasse ist in der Gemeindevertretung am 3. d. M. für ungültig erklärt worden mit Rücksicht darauf, daß keine Wahl der Weisiger, sondern eine Ernennung mindestens des zweiten Weisigers stattgefunden hat, der Wahlvorstand also nicht ordnungsmäßig gebildet ist.

J. B.:
Fabarius.

Im Einverständnis mit der Organisation verzichteten unsere Genossen Krug und Leimbach auf das ihnen zustehende Recht der Anfechtung des Gemeindevorstandes auf dem Wege der Klage. Wer das Schicksal unseres Verwaltungsvorgangs kennt, wird diesem Entschlusse gerne zustimmen. Hoffentlich läßt die erforderliche Neuwahl nicht zu lange auf sich warten.

Sichterfeld.

Einen Elternabend veranstaltete der Jugendauschuss am Sonntag, den 25. April, im Restaurant Fr. Bahrendorf, Wälsfr. 7. Derselbe besteht aus Regitationen, Vortrag usw., anschließend gemütliches Beisammensein und Tanz. Wir bitten die Genossen um vollzähliges Erscheinen. Vor allem wird gebeten, die Eltern schulentlassener Kinder auf die Veranstaltung aufmerksam zu machen.

Vernau.

Ein gestrenger Seelenhirt.

Aufregung gab es am Sonntag bei der Einsegnung katholischer Kinder in der hiesigen Kirche. Als die Konfirmanden vom Pfarrhause aus mit Muffel nach der Kirche gezogen waren, wurde unter ihnen ein in einem Nachbarort wohnender Knabe Th. vermisst. Vergeblich suchten ihn in den Reihen der Konfirmanden die Eltern und Verwandten, die bereits in der Kirche sahen und den Einzug der Knaben erwarteten. Der erste Gedanke war, daß dem schwächlichen und kränklichen Knaben ein Unfall zugefallen war. Während der Vater besorgt hinausging, um nach ihm Ausschau zu halten, erkundigte die Mutter sich in der Kirche bei einem anderen Konfirmanden nach ihrem Sohn. „Den hat der Pfarrer“, lautete die Antwort, „rausgeschmissen, weil er — Kaffee getrunken hat.“ Jetzt machte sich auch die Mutter auf die Suche nach ihm, den der Pfarrer Müller aus diesem geringfügigen Anlaß von der Einsegnung ausgeschlossen haben sollte. Vergeblich wurde im Pfarrhause nach dem Jungen gefragt, auf dem Bahnhof nach ihm gesucht, überall nach ihm ausgeschaut — er war nicht zu finden. Die Mutter, gequält von banger Sorge, daß er sich vielleicht ein Leid angetan habe, verfiel draußen vor der Kirche in Schreikämpfe. In der Umgebung der Kirche entstand darüber große Aufregung, die in Entrüstung umschlug, als die Ursache des anstößigen Verhaltens der Eltern bekannt wurde. Leute meldeten, daß der Junge außerhalb der Stadt gesehen worden sei, wie er weinend über die Chaussee ging. Den Eltern und der ganzen Familie, auch den geladenen Gästen blieb nur übrig, heimzugehen, nachdem ihnen die lange vorbereitete Feier so jäh zerstört worden war. Nach mehreren Stunden fand sich dann endlich auch der Junge im Elternhause ein, abgeholt und versorgt nach aufgeregtem Umherirren. Er erzählte, Pfarrer Müller habe, als alle Konfirmanden im Pfarrhause versammelt waren, ihm auf den Kopf zugehakt, daß er „gegrüßelt“ habe. In Wirklichkeit hatte der Junge sich keineswegs diesen

Berühm gegen die Vorschriften der Kirche zu schulden kommen lassen, sondern nur zu Hause, von seiner Mutter genötigt, einen Schluß Kaffee getrunken, weil ihm übel geworden war. Als er das eingestand und als entschuldigbar hinstellte, soll der Pfarrer ihm gesagt haben: „Nimm Hut und Kerze und mach, daß Du raus kommst.“ Warum der Pfarrer ihm auch, wie behauptet wird, Ohrfeigen angeboten haben sollte, ist nicht recht verständlich. Der Vater ist über das Verhalten des Pfarrers so erbittert, daß er die Absicht hat, mit seiner ganzen Familie aus der Kirche auszutreten.

Wannsee.

In der Generalversammlung des Wahlvereins hielt Genosse N. S. Bitt einen sehr interessanten Vortrag mit Lichtbildern über Nord-Brasilien. Zu der Versammlung hatten sich auch zahlreiche Gäste eingefunden; der Vortrag wurde erst am Schluß seiner lehrreichen und fesselnden Ausführungen lebhaften Beifall. Hieraus wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. 14 Neuannahmen konnten vollzogen werden. Der Wahlverein, der es nie weit über 50 Mitglieder bringen konnte, hat jetzt die Zahl von 70 erreicht.

Petershagen bei Friedeburg.

In der Gemeindevertretung wurden zunächst die Wahlen zur Gemeindevertretung für gültig erklärt und hierauf die Neuwahl der Gemeindeverwaltung für gültig erklärt und hierauf die Neuwahl der Gemeindeverwaltung für gültig erklärt. Ein unserer Genossen gab als Obmann der Rechnungsprüfungskommission Bericht. Die Einnahmen beliefen sich hiernach für die Gemeinde im verfloffenen Rechnungsjahr auf 54 735,94 M., die Ausgaben auf 52 952,82 M., so daß als Vortrag für das neue Rechnungsjahr 1783,12 M. vorhanden waren. Ein im Jahre 1904 mit dem damaligen Besitzer Otto Petermann erfolgter Grundstückskauf für das Schulgrundstück soll endlich seine Erledigung finden. 10 gegen 1 Stimme wurde dann der Beitritt zum Gaswerk Riebeckhagen-Ost mit einer Kapitalbeteiligung von 10 000 M. beschlossen. Das Kapital soll bei der Kreisbank als Anleihe aufgenommen werden; als Vertreter in die Gesellschaft wurde der Gemeindevorsteher F. Körber bestimmt. — Wegen Herstellung einer passierbaren Straße zum Friedhof wurde beschlossen, die Anlieger aufzufordern, die Straßenparzellen an die Gemeinde aufzulassen. Die entstehenden Kosten übernimmt die Gemeinde. Die feinerzig gemachte Mitteilung, daß sich ein Arzt in unserem Orte niederlassen will, war verfrüht, die Forderung des in Betracht kommenden Arztes, daß die Gemeinde ihm ein jährliches Einkommen von 5000 M. garantieren eventuell einen Zuschuß leisten soll, wurde abgelehnt.

Dohren-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Für den Ausbau des Regenwasserkanals in einem Teil des Steinbammes und der Landberger Chaussee wurden 60 000 M. bewilligt. Betreffs der Wahlproteste gegen die Gemeindevahlen in der dritten Abteilung teilte der Gemeindevorsteher mit, daß er einige der Protesteheber vernommen hätte. Diese Jengen haben jedoch völlig verweigert. Wegen die Wahl des Genossen Siebenwirth war Protest eingelegt, weil der Wahlvorstand es des öfteren unterlassen haben soll, nach den Vornamen zu fragen, da noch ein Wähler gleichen Namens in der Wählerliste verzeichnet war. Die Einsprucherheber behaupten nun, daß viele Wähler den anderen Siebenwirth gemeint hätten. Genosse Obermeyer sprach seine Vermutung aus, daß man gerade deswegen gegen die Wahl Siebenwirths Einspruch erheben habe, obwohl doch derselbe Grund gegen den anderen gewählten Kandidaten Drems in höherem Maße angewendet werden könnte, da sogar vier Wähler dieses Namens vorhanden waren. Noch widerspruchsvoller erscheint aber der Protestgrund, wenn man bedenkt, daß der andere Siebenwirth einem Arbeiterverein angehöre. Die Protestierer wollten also glauben machen, die Wähler, welche den Sozialdemokraten Drems wählten, hätten auch einen Arbeiterverein gewählt. Die Wahlen wurden für gültig erklärt. Die Einführung findet in der Sitzung am heutigen Donnerstag statt.

Adlershof.

Die Geschäfte der Gewerkschafts-Unterkommission werden auch in diesem Jahre geleitet von A. Kronewald, Obmann, Hoffmannstr. 17; August Pfla, Kassierer; Otto Jüge, Schriftführer. Die Versammlung am 1. Mai findet um 10 Uhr im „Adlershofer Gesellschaftshaus“, Wisnardsstr. 20, statt.

Von dem alljährlich stattfindenden Gewerkschaftsfest soll in diesem Jahre Abstand genommen und dafür im August ein vom Arbeitergefangen, Turn-, Radfahrer-, sowie Ringkämpferverein gemeinsam veranstaltetes Arbeiterfest veranstaltet werden.

Tegel.

In der Generalversammlung des Bezirkswahlvereins erstattete Genosse Parzelle den Jahresberichtsbericht, der bei 4105,15 M. Einnahme und 3841,82 M. Ausgabe einen Bestand von 263,33 M. aufweist. Mitglieder sind 712 zu verzeichnen, 550 männliche und 162 weibliche. Hervorzuheben ist, daß die Beiträge im Bezirk im allgemeinen recht regelmäßig abgeführt wurden, was ein Erfolg der Hauskassierung ist. Mit dem Erfolge der „Roten Woche“, der einen Zuwachs an Genossen gebracht hat, kann der Bezirk zufrieden sein. Der Vorsitzende, Genosse H. S. G., hob in seinem Geschäftsbericht hervor, daß trotz der Wirtschaftskrise die Arbeiten zur Landtags- und Gemeindevahl von den Genossen mit Eifer betrieben wurden. Betreffs der von der Bezirksleitung getroffenen Veranstaltungen in bezug auf den Kunstabend und die Vortragsvorläufe konnte leider nur von einem mangelhaften Interesse der Genossen berichtet werden. Redner schloß seinen Bericht mit einem Appell zu recht intensiver fernerer Mitarbeit, da der Arbeiterkampf von der Reaktion in der kommenden Zeit schwere Kämpfe bereitet werden würden. Nach der Berichterstattung aus den zahlreichen Unterkommissionen fanden die Wahlen statt. Daffes und Feindt wurden als Bezirksleiter wiedergewählt. Parzelle und Neumann Kassierer, Busse Schriftführer, Mohr und Frau Belzel Weisiger. Revisoren: Barndt, Gutshohn, Helwig, Rau. Bildungsausschuss: Unger, Schönfeld, Lucius, Breuer, Fr. Steinborn. Landtagation: Schenk, Werth, Kaplon, Lehnhardt, Krummhau, Neumann, Jagolski, von denen auch die Lokalfrage zu regeln ist. Bibliothek: Webing, Helwig, Brechvogel. Beiratskommission: Schäfer, Busse, Barndt. Schlichtungskommission: Feder, Schäfer, Mohr, Schöbe, Kastner. Kinderchau: Die Genossinnen Domaschla (Vorsitzende, Vohndorffplatz 1, 11), Belzel, Steinborn, Webing, Gehrke, Birwitz, Denische. Schifferagitation: Gutmann, Brown, Reh, Kadant, Franz. Delegierte für die Generalversammlungen Groß-Berlin resp. für den Kreis: Parzelle, Frau Belzel, Domaschla, Petram, Döhne, Buschke; eventuelle Ersatzmänner: Kahl und Busse. Wahlkommission für den „Vorwärts“: Feder, Breuer, Lehnhardt. Bezirksführer für den 4. Bezirk: Döhne. Unter Hinweis auf die bevorstehende Maifeier schloß Genosse Haffes die gutbesuchte Versammlung.

Syandau.

Eine eigenartige Gesellschaft hat sich in der liberalen Fraktion zusammengelagert: Schornmocher, rüchthändige Zimmungsgrößen, eingetragene Hausgratier sowie auch einige liberal angehauchte Mitglieder. Die Reden und das ganze Verhalten der liberalen Fraktion haben auch bei den rüchthändigen Arbeitern schon oft genug Kritik hervorgehoben. So sprachen und stimmten „liberale“ Stadtverordnete u. a. gegen die Aufnahme der „liberalen“ wagensteuer, gegen die Freigabe der Jubiläum-Turnhalle an die Arzte Turnerhaus und gegen den Bau von Kleinwohnungen in städtischer Regie. Den Vogel abschossen hat jedoch kürzlich die Fraktion Drehscheibe bei der Beratung des Antrages unserer Fraktion, das Hausbesitzerprivileg aufzuheben und die geheime Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen einzuführen. Sämtliche „liberalen“ Redner sprachen gegen diese ihre eigene Programmforderung, und als der Vorsitzende der Fraktion, Stadtverordneter Weber, der doch bei diesem wichtigen Antrag als erster Fraktionsredner das Wort hätte nehmen müssen, als letzter Redner für den Antrag sprach

wollte, entzogen ihm die eigenen Fraktionskollegen durch Schlußantrag das Wort. Mitglieder der liberalen Fraktion waren es auch, die bei der Abstimmung den Antrag auf Beilegung des Hausbesitzerprivilegs zu Fall brachten. Diese Verleugung des liberalen Programms durch eine Anzahl liberaler Stadtverordneter hat selbst die liberalen Bezirksvereine in Aufregung gebracht, es haben sich einzelne derselben wiederholt mit dem Verhalten der von ihnen aufgestellten Stadtverordneten beschäftigt. Die liberale Stadtverordnetenfaktion hat vom Standpunkt der politischen Moral längst abgewandert. Sie verdammt ja auch jetzt hauptsächlich den Geldsakwaltern der ersten Abteilung ihre Mandate, daher ihr Sträuben auf Beilegung des Hausbesitzerprivilegs.

In der Generalversammlung des Wahlvereins widmete zunächst Genosse Köppen dem verstorbenen früheren 1. Vorsitzenden Genossen Wäcker einen warm empfundenen Nachruf. Aus dem Vorstandsbericht für die letzten drei Quartale, den Genosse Köppen erstattete, sei folgendes erwähnt. Die „Rote Woche“ brachte eine Zunahme von 165 männlichen und 40 weiblichen Mitgliedern sowie 255 „Vorwärts“-Abonnenten. Der „Vorwärts“ wurde an fünf Tagen in 2000 Exemplaren verbreitet. Trotzdem infolge Massen-einstellungen auf den Staatsverordneten eine Anzahl Mitglieder und „Vorwärts“-Abonnenten verloren gingen, stieg die Mitgliederzahl von 906 auf 1019 und die Zahl der „Vorwärts“-Leser von 1383 auf 1440. Im neun Stadtverordnetenmandate der 3. Abteilung entbrannte im Herbst in fünf Bezirken ein heftiger Kampf. Die Partei konnte infolge des auf die Staatsarbeiter und kleinen Beamten ausgeübten Terrorismus nur ein Mandat, das sie zu verteidigen hatte, behaupten. Der Postfakt des „Roten Adlers“, der nur 181 M. Unkosten verursachte, hatte das langjährige Ergebnis, daß der Arbeiterschaft nunmehr alle Lokale zur Verfügung stehen. Nach dem vom Genossen Abraham erstatteten Jahresbericht für das letzte Quartal schlossen die Einnahmen und Ausgaben mit 1669,90 M. ab. Die Kreisbank leistete einen Zuschuß von 452 M., abgeführt an die Kreisbank wurden 917 M. Der Bildungsausschuss hatte, wie Genosse W. Jahnke ausführte, im verfloffenen Geschäftsjahr sehr unter dem Mangel an Lokalen zu leiden. Da nunmehr alle Säle frei sind und auch die Gewerkschaften größere Beträge für Bildungsbestrebungen zur Verfügung stellen wollen, so werde der Bildungsausschuss im neuen Geschäftsjahr seine Aufgabe voll erfüllen können. Die Lokalkommission brauchte sich, wie Genosse Stahl berichtete, wegen Arbeitsmangel nicht zu beschlagen. Wenn auch noch nicht alle Saalbesitzer endgültig ihre Lokale der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt haben, so sei dies doch in kurzer Zeit zu erwarten. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 2. Vorsitzende: Köppen, 1. Kassierer: Abraham, 2. Kassierer: Ganser, 1. Schriftführer: W. Jahnke, 2. Schriftführer: Wagner, Revisoren: Gutb, Albecke und Dersch. Alle übrigen Funktionäre wurden zum größten Teil wiedergewählt, während die Wahl des 1. Vorsitzenden verlagert wurde. Wegen vier Stimmen abgelehnt wurde ein Antrag des 8. Bezirks, das Abteilungsführersystem abzuschaffen. Wegen Nichtbeteiligung an der Stadtverordnetenwahl erhielten einige Parteigenossen eine scharfe Rüge, während gegen einen Genossen, der sich schon zwei derartige Vergehen hat zuschulden kommen lassen, das Ausschlussverfahren beschlossen wurde. Genosse Köppen teilte hierauf noch mit, daß am kommenden Sonntag, vormittags 9½ Uhr, eine Besichtigung des neuen Rathauses unter Führung des Stadtbaurats Paul stattfinden. Am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, findet eine Versammlung bei Rodenhauer, Seeburger Straße 36, statt. Die Abendfeier, bei der Genosse Liebke die Feiertage halten wird, findet wieder in der Brauerei Bickelsdorf statt. Mit der Aufforderung zu reger Teilnahme an der Maifeier schloß Genosse Köppen die Versammlung.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Kaulsdorf. Donnerstag, den 23. April, abends 7 Uhr, im Gemeindevorstandshaus, Wälsfr. 26.

Lichtenberg. Donnerstag, den 23. April, abends 6 Uhr, im Rathaus, Wälsfr. 26.

Friedrichsfelde-Karlshorst. Freitag, den 24. April, abends 6½ Uhr, im Realgymnasium, an der Aresdorff-Allee.

Marsden. Freitag, den 24. April, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Reformrealgymnasiums, Kaiserstraße 20/21.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Ein kapitalistisches Verbrechen?

Ueber einen unglaublichen Vorfall beim Bau der Bagdadbahn wird dem „Petit Parisien“ aus Beirut gemeldet: Ein folgenschwerer Zwischenfall hat sich vor einigen Tagen in Djerabulos in Kleinasien in den großen Konstruktionslagern der Bagdader Eisenbahngesellschaft, die eine große Brücke über den Euphrat baut, ereignet. Einige Abgeordnete der dortigen Arbeiterschaft, die zum größten Teil aus Kurden besteht, wurde von dem Chefingenieur, als sie diesem ihre Klagen vortrugen, mit Peitschenhieben empfangen. Sie erzählten diesen Vorfall ihren Kameraden, die sofort in aller Eile alle zur Verfügung stehenden Werkzeuge und Waffen zusammenrafften und auf die Brücke liefen, um sich an dem gerade dort befindlichen Chefingenieur zu rächen. Der Ingenieur sah die ihm drohende Gefahr und ließ eine Lokomotive mit voller Geschwindigkeit über die Brücke fahren. 9 Arbeiter wurden von der Maschine überfahren, 43 schwer verletzt. Eine große Anzahl hatte sich in den Fluß gestürzt, um sich schwimmend zu retten, sie ertranken jedoch zum größten Teil. Das Ereignis hat unter den Kurden, die äußerst rachsüchtig sind, eine furchtbare Erregung hervorgerufen. Der Ingenieur mußte fliehen und hat es nur dem deutschen Konsul in Aleppo zu verdanken, daß er entkam. Es steht zu befürchten, daß die Kurden an den anderen Unternehmern der Bagdadbahn Rache nehmen, um so mehr, als es schon lange Streitigkeiten zwischen den Kurden und anderen Arbeitern gab.

Dieser etwas abenteuerlichen Meldung wollen wir hinzufügen, daß die Bahn mit deutschem Gelde von einer deutschen Baufirma gebaut wird. Auch der in Frage kommende Chefingenieur ist ein Deutscher.

Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau bezieht sich denn auch, die Meldung des Pariser Blattes als eine phantastische Aufbauschung der um mehrere Wochen zurückliegenden und alsbald beigelegten Arbeiterunruhen an der Euphratbrücke hinzustellen. Zugegeben wird aber, daß an einer anderen Stelle des Bahnbaues, und zwar am Bagdader Tunnel im Amanusgebirge ein Angriff von Arbeitern auf Ingenieure stattgefunden hat, bei dem einige Arbeiter verwundet wurden.

Diese Aufklärung des Vorganges genügt keineswegs. Möglich ist, daß das Pariser Blatt zwei verschiedene Vorfälle durcheinandergeworfen hat. Es bleibt aber immer noch die Befürchtung bestehen, daß sich das auch von offiziöser Seite zugegebene Ereignis in der brutalen Weise abgepielt hat, wie es vom „Petit Parisien“ geschildert wurde. Wir erwarten, daß die Affäre genau untersucht und aufgeklärt wird.

Menschliche Bestien.

Auf unerklärliche Weise verschwand am Dienstag die vier Jahre alte Tochter des Barbiers Weinhold aus Sauban im

freist einen Aufwand in Ihrem Bezirk haben, kann ich nicht weiter mit Ihnen kapitulieren. Diese Beuwerung ist in Daresalam gefallen und kann nicht abgestritten werden. Durch Ansetzung von Kuraten im Schutzbereich sollte eine Verstärkung der Schutztruppe herbeigeführt, zum mindesten aber eine Verminderung derselben unter allen Umständen verhindert werden. Daß bei solchem Spiel mit Leben und Eigentum nicht nur der Eingeborenen, sondern in erster Linie auch der Europäer, ein Gremel statuiert werden mußte, dürfte nun wohl auch den „R. N. R.“ dämmern und Herr v. Scheintz, der sich ja vor der Entscheidung eigenmächtig nach Afrika zurückbegeben haben soll, kann sich selbst beglückwünschen, daß er so glimpflich weggekommen ist.“

Diese Enthüllung wirft ein überaus interessantes Schlaglicht auf unsere kolonialen Verhältnisse. Ein Mann, der nach der Behauptung der „Germania“ in der rücksichtslosesten Weise auf die Ansetzung von Kuranden der Eingeborenen hinarbeitet, wird durch den obersten Kommandeur der Schutztruppen in seinem Amte gehalten! Wenn so etwas in Ostafrika möglich ist, warum nicht auch in unseren übrigen Kolonien? Selbst die nachträgliche Brandmarkung dieser Dinge im Reichstag und eine „exemplarische Bestrafung“ der Schuldigen — auf die aber nicht einmal zu rechnen ist — werden eine ähnliche Politik in unseren Kolonien nicht verhüten, solange es dort einflußreiche Interessentengruppen, Militärs und Zivilisten gibt, für die die Verletzung und die Unterdrückung der Eingeborenen ein wünschenswertes Ziel und ein Krieg eine heißersehnte Bereicherungsmöglichkeit darstellt!

Kolonialpolitik und Kolonialskandale sind eben untrennbare Erscheinungen!

12 Millionen Defizit.

Der Reichshaushalt für 1913/14 wird mit einem Defizit von mindestens 12 Millionen Mark abschließen. Die Einnahme aus den Zöllen ist um rund 40 Millionen Mark hinter dem Etatsansatz zurückgeblieben. Nur dadurch, daß die Steuern höhere Erträge lieferten, ließ es sich vermeiden, daß das Defizit noch höher wurde. Die „Schuld“ an dem Minderertrag der Zölle wird der guten Ernte zugeschrieben, die eine Verringerung der Einfuhr zur Folge hatte. Eine offenbar aus dem Reichschatzamt stammende Notiz der „Berl. Polit. Nachr.“ sagt deshalb auch:

„Jedenfalls wird durch die Einnahmevermehrung im Rechnungsjahr 1913 die Beobachtung wiederum bestätigt, daß die steuerlichen Einnahmen im Rahmen der Gesamteinnahmen des Reichs ein Moment der Stabilität darstellen, das gerade deshalb besonders wertvoll ist, weil die Zölle den durch die Wirtschaftskontinuität bedingten Schwankungen unterworfen sind. Je mehr die Einnahmen des Reichs aus den steuerlichen Abgaben zu einem nach Verabschiedung des Etats feststehenden Faktor werden, desto leichter werden die Schwankungen der Zolleinnahmen und die Schwankungen der Einnahmen der beiden Betriebsverwaltungen des Reichs, die mit einem Ertrag von rund 600 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1913 ein reichliches Drittel der gesamten Reichseinnahmen ausmachen, abgemildert werden können.“

Prosa dieser Darlegungen ist, wie auch offen ausgesprochen wird, den Bestrebungen entgegenzusetzen, die auf eine Aufhebung oder Herabsetzung dieser oder jener indirekten Steuer hinstreben.

Der Erfolg der Ungefehllichkeit.

Bei der Reichstagswahl in Schweben wurden nach der vorläufigen amtlichen Feststellung insgesamt 15 882 Stimmen abgegeben, von denen auf den freikonservativen Landrat v. Galem 8490, auf den polnischen Kandidaten v. Szabnowski 7282 und auf den Sozialdemokraten 107 Stimmen entfielen. Landrat v. Galem ist somit gewählt.

Die Wahl hat eine eigentümliche Vorgeschichte. Bei der Hauptwahl am 12. Januar 1912 hatte der Pole 8489 Stimmen, der Reichsparteiler v. Galem 8307 Stimmen erhalten, während 180 Stimmen zerstückelt waren. Danach hatte der Pole die absolute Mehrheit erhalten. Herr v. Galem als Wahlkommissar erklärte jedoch 2 polnische Stimmen für ungültig und führte dadurch eine Stichwahl herbei. Wiederum erhielt der polnische Kandidat die Mehrheit. Aber dadurch, daß man ganz willkürlich 720 polnische Stimmzettel für ungültig erklärte, weil auf ihnen der Name des Kandidaten angeblich falsch gedruckt war, wurde amtlich ein Sieg des Herrn v. Galem konstruiert. Die Wahlprüfungscommission kassierte allerdings die Wahl v. Galem, worauf der reichsparteiliche Herr Landrat das Mandat niederlegte, bevor das Plenum die Entscheidung fällte.

Am 30. Dezember 1912 fanden nun auf Grund der alten Wählerlisten die Neuwahlen statt. Diesmal brachte es Herr v. Galem auf 8017 Stimmen, während der Pole 7856 Stimmen und der Sozialdemokrat 83 Stimmen erhielten. Da neue große amtliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren, mußte die Wahl abermals kassiert werden. Dabei tauchte in der Wahlprüfungscommission die Frage auf, ob es nicht korrekter gewesen wäre, dem am 12. Januar 1912 eigentlich gewählten polnischen Kandidaten einfach das Mandat zuzuerkennen. Herr v. Galem legte auch diesmal schleunigst das Mandat nieder, als die Sache für ihn dringlich wurde.

Jetzt endlich scheint er sein Ziel erreicht zu haben. Da fehlt im Frühjahr, eine starke Abwanderung polnischer Arbeiter nach dem Westen begonnen hat, vermochte der polnische Kandidat seine frühere Stimmenzahl nicht zu halten. Die wiederholt geübten amtlichen Ungefehllichkeiten hätten damit dem Reichsparteiler das Mandat zugesichert, wenn nicht abermals das Mandat erfolgreich angefochten werden kann.

Hilfe für die armen Agrarier.

Als die russische Duma den Beschluß faßte, als Kompromiß eine Einfuhrzoll auf Getreide einzuführen, wiesen wir in einem Artikel „Hilfe vom Ausland“ darauf hin, daß dieser Beschluß unserer Agitation gegen den Lebensmittelwucher ein neues Argument in die Hand gebe. Wir schrieben u. a.:

„Es ist selbstverständlich, daß das Proletariat haben wie denken sich gegen jeglichen Zollschuß erklären wird. Die finnische Arbeiterchaft hat erst vor kurzem durch glänzende verlaufene Demonstrationen gegen die Lebensmittelverteuerung protestiert. Auch das russische Proletariat wird natürlich mit aller Macht gegen den Zollwucher ankämpfen. Die Einführung des russischen Getreidezolls gibt indessen der deutschen Arbeiterchaft zugleich Gelegenheit, mit verstärkter Energie gegen den deutschen Zollwucher vorzugehen. Sollte die Maßnahme Russlands dazu führen, in die deutsche Zollschutzmauer Breche zu legen, so könnten die deutschen Konsumenten, bei aller grundsätzlichen Gegnerschaft gegen Schutzzölle, den Beschluß der russischen Duma nur begrüßen. Der russische Einfuhrzoll ist eingestandenemmaßen ja nur als Kampfmaßregel gedacht, und, falls Deutschland nachgibt, liegt auch für Russland kaum ein Anlaß vor, die Zölle beizubehalten. Zum mindesten gibt der russische Beschluß unserem Kampf gegen die heimische Zollpolitik ein neues Argument. Nicht freuen wir uns

der „ausländischen Hilfe“ — wie agrarisch-deutsche Blätter uns vorgeworfen haben —, weil sie vom Ausland kommt, sondern weil sie eine Bekämpfung für die Sinnlosigkeit unserer Handelspolitik ist, die Deutschland in einen Kampf ausgerechnet mit dem Lande treibt, das wirtschaftlich die beste Ergänzung zu Deutschland bildet. Russland als Produzent von agrarischen Rohprodukten und Deutschland als Fabrikant qualifizierter Arbeiten sind aufeinander angewiesen, und nur die egoistische Verstocktheit deutscher Agrarier gibt die Erklärung dafür, daß zwischen diesen beiden Ländern wirtschaftliche und politische Verflechtung entstehen können.“

Diese Sätze waren so wenig mißverständlich, daß selbst agrarische Blätter es vorzogen, ihren früheren albernen Vorwurf der Vaterlandslosen Besinnung nicht zu wiederholen. Nun bekommt es aber Herr Max Schippel in den sogenannten „Sozialistischen Monatsheften“ fertig, in diesen Sätzen „überaus englischen Kirchenerkel mit starker Beimischung von Selbsterniedrigung“ gegenüber den russischen Agrariern, kurz einen russenfeindlichen Chauvinismus zu finden. Allerdings hütet er sich, unseren Artikel in den entscheidenden Sätzen zu zitieren. Jedenfalls hat er seinen Zweck erreicht: die agrarische Presse druckt mit Vergnügen die Fälschung Schippels ab. So kommen die Agrarier auf Umwegen zu ihrer Polemik, von der sie zunächst ihr journalistischer Anstand abhielt.

Gnädigt verzichten.

Die württembergischen Konservativen werden gegen ihren Parteifreund, Dr. Mühlberg, der die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen unterschrieb, nichts unternehmen, nachdem er erklärt hat, daß er kein Verhalten bedauere. Die bündlerische „Schwäbische Tageszeitung“ bringt es sogar fertig, es als ganz erwünscht zu bezeichnen, wenn solche Entgleisungen zur Sprache gebracht würden, denn dadurch habe man die Möglichkeit, irrende Abgeordnete und Kandidaten des Bundes der Landwirte auf den rechten Weg zurückzuführen.

Ueber einen Sünder, der Ungeheueres tut, herrscht also bei den Konservativen — getreu dem biblischen Wort — mehr Freude, denn über 99 Gerechte. Wer vermag danach noch die von Entrüstungen tiefenden Deklamationen der konservativen Führer und Blätter gegen die „politische Verdrängerung“ mit der „vaterlandslosen“ Sozialdemokratie ernst zu nehmen? Nichts als albernes Possenspiel.

Eine konservative Kriegserklärung gegen das Zentrum.

Das Organ der bayerischen Konservativen, der „Bayerische Volksfreund“, schlägt plötzlich einen auffallend feindlichen Ton gegen das Zentrum an. In einer politischen Rundschau erwähnt er die Parteigenossen zur unablässigen Arbeit am Ausbau der Organisation und fährt dann fort:

„Die Zeit ist günstig, wir müssen sie nur benutzen; wir müssen aber auch den Blick vorausschauend in die Zukunft richten. Es ist nicht unmöglich, daß bei einer der nächsten Wahlen die Zentrumsmehrheit — auch ohne den Proporz — gebrochen wird; dann wird die konservative Partei beim die freie Vereinigung des bayerischen Landtages die ausschlaggebende Partei werden, ohne die eine Mehrheitsbildung nicht mehr denkbar ist. . . . Der Tag, der einmal der Zentrumsherrschaft das Ende bereiten sollte, muß die konservative Partei gerüstet finden, auf daß sie die günstige Gelegenheit nicht verläumet.“

Bei den Landtagswahlen von 1912 haben die bayerischen Konservativen die Teilnahme am Bloß der Zentrumsgegner abgelehnt und dadurch zur Aufrechterhaltung der Zentrumsmehrheit beigetragen. Sie selbst wurden damals infolge dieser verkehrten Politik vollständig an die Wand gedrückt. Jetzt scheint die Reue zu kommen.

Wieder eine Pterde der Armees.

Wegen Mißhandlung Untergeordneter stand vorgestern der Unteroffizier Wolff vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebivision. Der Angeklagte hat sich in einer Reihe von Fällen an Untergeordneten vergreifen. In einem Falle trat er dem Kanonier Ohle beim Egerieren, als O. den Befehl nicht nach Wunsch ausführte, ins Gesicht. Beim Pferdewagen hatte derselbe Kanonier einmal nicht aufgepaßt; er erhielt dafür eine Ohrfeige. In einem weiteren Falle packte dem Angeklagten das Benehmen des Kanoniers Kraft beim Wagen nicht. Er glaubte, den Untergeordneten dadurch „erziehen“ zu müssen, daß er ihn fortwährend die Treppe hinauf und hinunterführte und ihm dann noch einen Fußtritt verabfolgte. Der Kanonier Zimmermann erhielt, als ihm einmal die Pferde im Manöver durcheinander, einen Schlag ins Gesicht. In der gleichen Weise wurde ein anderer Kanonier mißhandelt, weil er im Manöver anstatt, wie befohlen, im Knist, auf dem Neuboden geschlafen hatte. Der Kanonier Quast erhielt, als er die Anweisung tat, er lasse sich nicht schlagen, eine Ohrfeige. In anderer Weise betätigte sich der Angeklagte in einem weiteren Mißhandlungsfalle. Der Kanonier Kochmann war beim Pferdewagen. Der Angeklagte glaubte, an dem Bugbefahren etwas auszulassen zu haben. Er „korrigierte“ den Untergeordneten dadurch, daß er ihm einen heftigen Stoß unter das Kinn versetzte.

Das Kriegsgericht verurteilte den Herrn Unteroffizier zu ganzen vierzehn Tagen Mittelarrest.

Eine Soldatentragedie.

die erst jetzt bekannt wird, daß sich vor einigen Tagen in Dresden zugegetragen. Der Soldat Meier vom 1. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 100 hatte das eisdemige Kasernenleben satt und sahte den Entschluß zu fassen. Wahrscheinlich um sich die dazu nötigen Mittel zu verschaffen, erbrach er in der Wächermacherei, in die er abkommandiert war, ein Verhältnis, in dem er Geld vermutete. Dabei wurde er von dem Wächtermeister und Unteroffizier Gerner überfallen. Meier ergriff einen Hammer und schlug den Unteroffizier blindlings dreimal auf den Kopf. Trotz der schweren Schädelsverletzung schleppte sich der Unteroffizier noch bis ins Kompagnierrevier und erstattete Meldung. Der Soldat war inzwischen verschwunden; er wurde nach langem Suchen schließlich in einer Schreibröhre tot aufgefunden. Er hatte sich mit einem Offizier-Jagdgewehr erschossen. Die Annahme, daß er fiebern wollte, wird dadurch bestätigt, daß er zum Teil schon Jivilleider trug und ein Fieberbräu bereitgestellt hatte. Die Verletzungen des Unteroffiziers sind nicht lebensgefährlich.

Einvernehmen, aber kein Bündnis.

Der König von England ist jetzt in Begleitung Sir Edward Greys in Paris, und seinem Besuch ging in der englischen und französischen Presse eine Erörterung voraus, ob das bisherige Verhältnis zwischen England und Frankreich nicht in ein so molles Bündnis zu verwandeln sei. Der Plan lautet namentlich in der englischen Presse ziemlich allgemeine Zurückweisung. Und jetzt heißt es in einer halbamtlichen englischen Erklärung darüber:

„Was die bevorstehenden Besprechungen während des Besuchs des Staatssekretärs Grey und die mutmaßlichen Ergebnisse der Zusammenkunft der britischen und französischen Minister des Äußeren anbelangt, so kommt ein neues, formelles und schriftliches englisch-französisches Abkommen, das von einigen Stellen vermutet worden war, nicht in Frage. Die Beziehungen Eng-

lands und Frankreichs sind gut und fest begründet und auf der Grundlage eines gegenseitigen herzlichen Einvernehmens stark befestigt. Zweifellos werden Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse, wie die neuen Schreiber, besprochen werden. Es ist jedoch kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß Grey oder Doumergue eine Liste von Angelegenheiten für einen formellen Meinungsaustrausch im Sinne hätten. Wenn eine Grundlage des Einverständnisses besteht, wie bei England und Frankreich, so werden Fragen, wie die genannte, besser zwischen technischen Experten erledigt. In den englisch-französischen Beziehungen ist in der Tat keine formellere Art und Weise notwendig, ebensowenig wie ein Abgehen vom bestehenden Einverständnis. Obwohl als Ergebnis des Pariser Besuchs eine Erweiterung der bestehenden Beziehungen nicht erwartet werden kann, so darf doch auf eine klarere Definition des bestehenden Einverständnisses gerechnet werden.“

Es bleibt also im wesentlichen alles beim alten.

Belgien.

Pluralwahlgeschäften.

Man schreibt uns aus Brüssel: Die Kandidaten rüsten für die Wahlen. Die katholischen Pluralwähler sind aber nicht darauf eingestellt, sich von ihren Kandidaten etwa ein lumpiges Programm auseinandersetzen zu lassen. Andererseits wissen die liberalen Kandidaten, daß keine Gefälligkeiten auch die Wahlfreundschaft erhalten. . . . Im Wahlkreis Huy-Daremme bietet man solche Wahlgeschäften in der denkbar schicklichsten und gemütlichsten Form an. Ein Herr Baron Liedekerle teilt den Herren Wählern einfach mit, daß die katholischen Kandidaten am Sonnabend um 1/2 5 Uhr im Saal so und so sein werden und gern bereit sind, den Wählern zur Verfügung zu stehen, so selbe eine „Angelegenheit zu empfehlen“ oder „einen Dienst zu verlangen“ haben. Schließlich die Einladung, die Wähler mögen von der Gelegenheit Gebrauch machen. Die katholischen Kandidaten seien bereit, über jeden (i) den Wählern möglich scheinenden Gegenstand zu plaudern. — Wie viel niedliche Wahlgeschäften mag so ein katholischer Kandidat bis zum 24. Mai in sein Notizbuch wohl eingetragen haben?

England.

Das Trennungsgesetz.

London, 22. April. Das Unterhaus hat in zweiter Lesung das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat in Wales, welches dem Unterhause zum dritten Male unter der Herrschaft der Parlamentsakte vorliegt, mit 349 gegen 265 Stimmen angenommen.

Rußland.

Die Furcht vor den gefangenen Arbeiterführern.

Die sozialdemokratische Dumafraktion erfährt kürzlich, daß die Bewachung des zurzeit in der sibirischen Verbannung lebenden Genossen Jerebelli, des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma, der im „Hochverratsprozeß“ unschuldig zur Katorga verurteilt wurde, in der letzten Zeit außerordentlich verstärkt worden ist. Zwei Schutzleute bewachen ihn auf Schritt und Tritt, während der dritte nachts in der Küche der Wohnungsinhaberin wacht. Auf die entsprechende Anfrage der sozialdemokratischen Dumafraktion traf folgende telegraphische Antwort des Genossen Jerebelli ein:

„Die Nachricht ist richtig. Die Aufsicht ist verstärkt; die Polizei hält ständig bei meiner Wohnung Wache; beim Ausgehen werde ich von Polizisten begleitet. Beunruhigt Euch nicht. Wahrscheinlich ist die verstärkte Bewachung ein Echo der neuen Bewegung des Proletariats Russlands, das den Behörden nicht nur vor ihm und seinen jetzigen Vertretern Furcht und Achtung einflößt, sondern auch vor seinen früheren Abgeordneten im fernem Sibirien. Ich sende den Petersburger Kämpfern meinen Gruß.“

Letzte Nachrichten.

Die Krise in Mexiko.

Die Mexikaner rüsten zum Widerstand.

Cagle Pass (Texas), 22. April. Sämtliche Bundesstruppen im Norden von Mexiko haben den Befehl erhalten, sich auf Saltillo zu konzentrieren, um den amerikanischen Einfall zurückzuweisen. Piedras Negras, gegenüber von Cagle Pass, wurde infolgedessen heute am frühen Morgen geräumt. In der Nacht hatte dort große Aufregung geherrscht, und an mehreren eilig gebildeten Freiwilligenkompanien waren Waffen verteilt worden.

Der abgechnittene Diplomat.

Washington, 22. April. Der mexikanische Geschäftsträger in Washington Agana erklärte, es habe verschiedene Mitteilungen seiner Regierung erhalten, daß er jeden Augenblick abberufen werden könnte, aber die Anweisung, seine Pässe zu fordern, habe er noch nicht. Staatssekretär Bryan äußerte, er habe noch keine Mitteilung darüber, daß der amerikanische Geschäftsträger in Mexiko O'Shaughnessy von Huerta aufgefordert worden sei, Mexiko zu verlassen. Bryan zeigte sich besorgt, weil es unmöglich ist, mit O'Shaughnessy in der Stadt Mexiko in Verbindung zu treten.

Drei Grubenarbeiter durch Sprengschüsse getötet.

Siegen, 22. April. Auf der Grube Neue Haardt bei Weidenau sind heute zwei Italiener und der Arbeiter Fischbach tödlich verunglückt, die ersten beiden durch einen vorzeitig losgegangenen und letzterer durch einen festangebliebenen, nachträglich explodierten Sprengschuß.

Die gestörte Hochzeitsfeier.

Trier, 22. April. Im Dorfe Lieser entstand gestern abend um acht Uhr ein Feuer, in dessen Verlauf vier Häuser niederbrannten. In der Familie des Landwirtschaftsministers Freiherren von Schorlemer-Lieser wurden die Hochzeitsfeierlichkeiten — es fand gerade Volterabend statt — sofort unterbrochen. Der Minister eilte selbst zur Brandstätte und stellte seine Dienerschaft der Feuerwehr zur Hilfeleistung zur Verfügung.

Flucht von Fremdenlegionären.

Algier, 22. April. Aus Ain Sefra wird gemeldet, daß ein Korpsal und vierzehn Fremdenlegionäre in der vergangenen Nacht aus der Kaserne entwichen und in westlicher Richtung mit Waffen und Gepäck geflohen sind, nachdem sie vorher die Telegraphendrähte durchgeschnitten hatten. Eine Abteilung Kavallerie ist zu ihrer Verfolgung aufgebrochen.

Die Vergeltung der überfallenen Bergarbeiter.

Trinidad (Colorado), 22. April. Wie aus Progreso del Agua gemeldet wird, findet dort seit Tagesanbruch ein heftiger Kampf statt. Die bewaffneten Ausländigen durchstreifen die Höhen nördlich der Stadt und feuern in das Lager der Berg-

KLEIDER



Wieder einmal sind wir in der Lage, Ihnen etwas zu bieten, so außergewöhnlich, wie Sie es nur von uns erwarten können. Wir haben eine gewaltige Menge nur hochmoderner, vorzüglicher

Seiden-Kleider

zu Preisen gekauft, die hinter dem eigentlichen Wert der Kleider weit zurückbleiben. — Und unserem Prinzip getreu, lassen wir den ganzen Vorteil unserer Kundschaft — IHNEN — zugute kommen.

Gute Seidene Kleider

in den Haupt-Preislagen von 19.75 24.50 29.— 36.—

sind Ihnen sicherlich etwas ganz Unbekanntes, aber die 4 naturgetreuen Abbildungen dieser Annonce werden Ihnen einen Vorgeschmack dessen geben, was Sie bei uns erwarten dürfen.



Königstrasse 33
am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
beim Stettiner Bahnhof

Sonntags geschlossen!

C&A
BRENNINKMEYER & MBH.

Theater.
Donnerstag, den 22. April 1914.
Anfang 5 Uhr.
Passage-Theater. Kino-Varieté.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorf-Theater. Was mir die Bildnis gab.
Anfang 7 Uhr.
Egl. Opernhaus. Irfan und Hilde.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Egl. Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig.
Deutsches. Was ihr wollt.
Leinung. Der Osmi.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 7 3/4 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Hochspannung.
Deutsches Opernhaus. Die Jüdin.
Kammerstücke. Schellerhausen.
Deutsches Künstler-Theater.
Der Raub der Sabinerinnen.
Berliner. Wie einst im Mai.
Königgräber Straße. Nr. 24.
Theater des Westens. Polenblut.
Theater am Nollendorfplatz.
Der Turbaron.
Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Kleines. Neulich Gebert.
Trianon. Die Kolbade.
Kammerhaus. Kammermusik.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Schiller O. Wann wir altern.
Liebe. Lottchens Geburtstag.
Schiller Charlottenburg. Das große Licht.
Mentis Operetten. Jung-England.
Reifen. Der Regimentspapa.
Kolo. Die Dollarprinzessin.
Kosmos. Wo die Liebe hinwält.
Reichshallen. Stettiner Sängerkorps.
Perrafeld. Die von oben und unten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Hoflo. Der Stolz der Kompanie.
Palast-Theater. Spezialitäten.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Die Förster-Chrifi.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater an der Weidenbammer Brücke. Der müde Theodor.
Walhalla. Tangolieder.
Luisen. Los von Mutter.
Folies Caprice. Tohuwaboht. Das Sammel. Das Erdbeben.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Der Kaiserjäger.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Im Tangoklub.
Berliner Gispalast. Gispalast.
Amor auf Urlaub.

Eines Nollendorf-Theater. Was mir die Bildnis gab.
Sternwarte, Invalidenstr. 57-62
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wann wir altern. Hierauf Liebe. Nachher: Lottchens Geburtstag.
Freitag, abends 8 Uhr:
Helligenwald.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Des Moores und der Liebe Wellen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Theater in der Königgräzter Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.
Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermusik“.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonntag 7 1/2 Uhr: **Der liebe Augustin.**
Theater am Nollendorfplatz 5.
8 Uhr:
Der Juxbaron.
Passage-Panoptikum.
Der englische
Riese
Teddy Bobs.
Der größte Mensch, der je gelebt! 160 mm größer als Machnow! 19 Jahre alt.
20 Säle mit Sehenswürdigkeiten
Alles ohne Extra-Eintritt!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Komische Oper. Anf. 8 1/2 Uhr.
Der müde Theodor
in der Titrolle mit Henry
Bender.
Sonntag 3 Uhr und 8 1/2 Uhr:
Der müde Theodor.
Residenz-Theater.
8 Uhr:
Der Regimentspapa.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die Förster-Chrifi.
Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: **Los von Mutter!**
Gr. Ausstattungsges. m. Gesang u. Ballett in 4 Akten.
Walhalla-Theater.
8 1/2 Uhr: **Tangolieder.**
Gr. Woffe m. Ges. u. Tanz in 3 Akten von E. Urban. Musik v. Hugo Dirich.
Brauerei Friedrichshain.
Sonntag, den 3. Mai: 2. Konzert des Männer- und Frauenchors Neukölln.
Mitwirkende: **Blüthner-Orchester** (60 Musiker), Herr **Gustav Thümler-Walden**, Bariton.
Zur Aufführung gelangen außer Männer- u. Frauenchören **Die Hekatoncheiren** (Die Hunderthändigen) von Ernst Eloefer für Bariton solo, Männer- und Frauenchor und Orchester. (Dichtung von Karl Weiser.)
Zum ersten Male in Berlin aufgeführt.
Anfang pünktl. 7 Uhr. Eintritt 60 Pf. Saalöffnung 5 1/2 Uhr.
„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.
Gastspiel
des **Prager Tonkünstler Orchesters.** Dirig.: Kapellmeister und Komponist **Julius Fuick**
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.
„Alt-München“ ::
Ecke Friedrich- und Mohrenstraße
Sehenswürdigkeit Berlins :: Münchener Kochelbräu
Im **Bräuhaus** vorrägl. **Frühstücks- und Mittagstisch** zu kleinen Preisen.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Hochspannung.
ROSE-THEATER
Große Frankfurt. Str. 102.
Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Norgen: Die Dollarprinzessin.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die Königin der Detektive.
Charlottenburger Festsäle.
Charlottenbg., Kaiser-Friedrich-Str. 24.
Heute Großer Ball.
in beiden Sälen: 3 Kapellen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt und Tanz frei.
„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.
Gastspiel
des **Prager Tonkünstler Orchesters.** Dirig.: Kapellmeister und Komponist **Julius Fuick**
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.
„Alt-München“ ::
Ecke Friedrich- und Mohrenstraße
Sehenswürdigkeit Berlins :: Münchener Kochelbräu
Im **Bräuhaus** vorrägl. **Frühstücks- und Mittagstisch** zu kleinen Preisen.

Winter Garten
Ein **beispielloser Erfolg**
der von **Publikum und Presse glänzend beurteilten April-Attraktionen!**
Entreplatz wochentags M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —
Apollo-Theater.
8 Uhr Tel.: Lützow 2757. 9 Uhr Zum 132. Male!
Der Stolz d. 3. Kompagnie mit **Hartstein.**
Vorher das große Variété-Programm. Rauchen gestattet!
Metropol-Theater.
Abends 7 Uhr 55 präglie:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Folies Caprice.
8 1/4 Tohuwaboht Das Karnickel Das Erdbeben.
Casino-Theater
Lohbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Wieder ein großer Theater-Erfolg!
Der neue Lustspiel-Sänger **Wo die Liebe hinwält.**
Vorher das neue Welt-Programm. Tauberts! Selma Wallis! Willi & Wivi! Sonntag 4 Uhr: Pappas Seiten sprang.
Admiralspalast.
Eis-Arena.
Die Novität **„Im Tangoklub“** und zum 232. Male das effektvolle Eisballett **„Die lustige Puppe“.** Bis 9 Uhr u. ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung.

Heute Schluß der Saison.
Zirkus Alb. Schumann.
Heute Donnerstag, 23. April, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung mit extra anserwählt. Progr.
Um 9 Uhr:
Letzter Tag
der **Ringkämpfe** und Verteilung der **Ehrenpreise.**
Es ringen:
1. **Esson** gegen **Jussuf** (England) (Türkei)
2. **Deriaz** gegen **Saft** (Schweiz) (Deutschland)
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.
Sonntag 3 Uhr: **Die Notbrücke.**
Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Donnerstag, 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Freitag, 7 1/2 Uhr: **Sam L. Kole: Schneider Bibbel.**
Komödie in 5 Akten v. Müller-Zschlöcher.
Berliner Prater-Theater
Kohlschütter-Platz 7/9.
Donnerstag, den 23. April 1914:
Gastspiel des Voigt-Theaters.
Das Geheimnis von New York.
Reizspiel. Drama in 3 Akten von Wang. Aufführung 7 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängerkorps.
Herr **Direktor Kuhlcke**
Einführung von **Reisel.**
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 1/2 Uhr.
Für den Monat der 3. erste übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.